

**Allgemeine Studien- und Prüfungsordnung für die
Bachelor- und Masterstudiengänge der Philosophischen
Fakultät und Fachbereich Theologie der
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU)
– ABMStPO/Phil –
Vom 7. August 2024**

geändert durch Satzung vom
19. Dezember 2024

Aufgrund von Art. 9 Satz 1 i. V. m. Art. 80 Abs. 1 Satz 1, Art. 84 Abs. 2 Satz 1, Art 86 Abs. 3 Satz 4, Art. 88 Abs. 9, Art. 90 Abs. 1 Satz 2, Art. 96 Abs. 3 Satz 1 Bayerisches Hochschulinnovationsgesetz vom 5. August 2022 (**BayHIG**) in der jeweils geltenden Fassung erlässt die FAU folgende Studien- und Prüfungsordnung:

Inhaltsverzeichnis:

I. Allgemeiner Teil	2
§ 1 Geltungsbereich, Zweck der Bachelor- und Masterprüfung	2
§ 2 Akademische Grade	2
§ 3 Bachelorstudiengänge, Prüfungen und Regelstudienzeiten, Studienbeginn, Unterrichts- und Prüfungssprache	3
§ 4 Teilzeitstudium, Wechsel, ECTS-Punkteüberschreitungen	3
§ 5 Inhaltliche Gliederung des Bachelorstudiums	4
§ 6 Masterstudiengänge, Prüfungen und Regelstudienzeiten, Studienbeginn, Unterrichts- und Prüfungssprache	5
§ 7 Teilzeitstudium, Wechsel, ECTS-Punkteüberschreitungen	5
§ 8 ECTS-Punkte	6
§ 9 Modularisierung, studienbegleitende Leistungsnachweise.....	6
§ 10 Prüfungsformen, Elektronische Prüfungen.....	7
§ 11 Prüfungsfristen, Fristversäumnis	7
§ 12 Prüfungsausschuss, Prüfungsbeauftragte	8
§ 13 Bekanntgabe der Prüfungsart, der Prüfungstermine und der Prüfenden, Anmeldung, Rücktritt	9
§ 14 Prüfende, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht	10
§ 15 Zugangskommission.....	11
§ 16 Anerkennung von Kompetenzen.....	11
§ 17 Folgen eines verspäteten Rücktritts, Täuschung, Ordnungsverstoß, Ausschluss von der weiteren Teilnahme	12
§ 18 Anwesenheitspflicht.....	13
§ 19 Entzug akademischer Grade	14
§ 20 Mängel im Prüfungsverfahren.....	14
§ 21 Schriftliche Prüfung, Antwort-Wahl-Verfahren.....	15
§ 22 Mündliche Prüfung.....	16
§ 23 Bewertung der Prüfungen, Notenstufen, Gesamtnote.....	16
§ 24 Ungültigkeit der Prüfung	18
§ 25 Einsicht in die Prüfungsakten.....	18
§ 26 Zeugnis, Transcript of Records, Diploma Supplement, Grade distribution table, Urkunde.....	18
§ 27 Bescheinigung über die endgültig nicht bestandene Prüfung.....	19
§ 28 Nachteilsausgleich.....	19
§ 29 Studienberatung	20
II. Teil: Bachelorprüfung	20
§ 30 Zulassungsvoraussetzungen für die Prüfungen	20

§ 31 Grundlagen- und Orientierungsprüfung	21
§ 32 Bachelorprüfung	22
§ 33 Bachelorarbeit	22
§ 34 Bereich Schlüsselqualifikationen	24
§ 35 Wiederholung von Prüfungen, Modulwechsel, Zusatzmodule	25
III. Teil: Masterprüfung	27
§ 36 Qualifikation zum Masterstudium	27
§ 37 Zulassung zu den Prüfungen	28
§ 38 Masterprüfung	28
§ 39 Masterarbeit	28
§ 40 Wiederholung von Prüfungen, Modulwechsel, Zusatzmodule	29
IV. Teil: Schlussvorschriften	29
§ 41 Inkrafttreten, Übergangsvorschriften	29
Anlage 1:	30
Qualifikationsfeststellungsverfahren für das Masterstudium an der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie an der FAU	30
Anlage 2:	33
Ablaufschema des Teilzeitstudiengangs im Zwei-Fach-Bachelorstudium	33
Anlage 3:	34

I. Allgemeiner Teil

§ 1 Geltungsbereich, Zweck der Bachelor- und Masterprüfung

(1) ¹Diese Allgemeine Studien- und Prüfungsordnung regelt das Studium und die Prüfungen in den Studiengängen mit dem Abschlussziel des Bachelor of Arts und des Master of Arts an der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie der FAU mit Ausnahme der Masterstudiengänge Medien-Ethik-Religion, Ethik der Textkulturen, Human Rights, Lexicography, Physical Activity and Health und Organisations- und Personalentwicklung. ²Sie wird ergänzt durch die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen**.

(2) ¹Der Bachelor of Arts ist ein erster berufsqualifizierender Abschluss des Studiums in einem Fach oder in zwei Fächern, die als Erst- und Zweifach studiert werden. ²Durch die Bachelorprüfung wird festgestellt, ob die Studierenden

- Grundlagen sowie gründliche Fach- und Methodenkenntnisse auf den Prüfungsgebieten erworben haben,
- die Fähigkeit besitzen, wissenschaftliche Methoden und Kenntnisse selbstständig anzuwenden und
- auf einen frühen Übergang in die Berufspraxis vorbereitet sind.

(3) ¹Der Master of Arts ist ein weiterer berufs- und forschungsqualifizierender Abschluss des Studiums. ²Durch die Masterprüfung wird festgestellt, ob die Studierenden

- vertiefte Kenntnisse der Grundlagen und wesentlicher Forschungsergebnisse im Fach ihres Masterstudiums erworben haben,
- die Fähigkeit besitzen, nach wissenschaftlichen Methoden selbstständig zu arbeiten, sowie diese weiterzuentwickeln und
- auf die Berufspraxis vorbereitet sind.

§ 2 Akademische Grade

(1) Aufgrund der bestandenen Prüfungen werden je nach Abschlussart folgende akademische Grade verliehen:

1. bei bestandener Bachelorprüfung der akademische Grad Bachelor of Arts (abgekürzt: B.A.)

2. bei bestandener Masterprüfung der akademische Grad Master of Arts (abgekürzt: M.A.).

(2) Der akademische Grad kann auch mit dem Zusatz (FAU Erlangen-Nürnberg) geführt werden.

§ 3 Bachelorstudiengänge, Prüfungen und Regelstudienzeiten, Studienbeginn, Unterrichts- und Prüfungssprache

(1) ¹Bis zum Ende des zweiten Fachsemesters ist eine Grundlagen- und Orientierungsprüfung aus den Grundlagen des Bachelorstudiengangs zu absolvieren. ²Die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** regeln, welche Bachelorstudiengänge oder Teilstudiengänge in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung inhaltlich vergleichbar sind. ³Das weitere Bachelorstudium umfasst die Prüfungen in den Modulen bis zum Ende der Regelstudienzeit einschließlich des Moduls Bachelorarbeit (ggf. einschließlich einer mündlichen Prüfung bzw. eines Vortrags) sowie eine ggf. vorgesehene berufspraktische Tätigkeit und/oder eine Projektarbeit. ⁴Für den erfolgreichen Abschluss des Bachelorstudiums sind 180 ECTS-Punkte erforderlich.

(2) ¹Die Regelstudienzeit im Bachelorstudium beträgt sechs Semester. ²Abweichend von Satz 1 beträgt die Regelstudienzeit im Teilzeitstudiengang nach § 4 zwölf Semester.

(3) Das Studium kann jeweils nur zum Wintersemester begonnen werden.

(4) ¹Soweit die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** nichts anderes vorsehen, ist die Unterrichts- und Prüfungssprache in den Bachelorstudiengängen Deutsch. ²Einzelne Lehrveranstaltungen und Prüfungen können in englischer Sprache abgehalten werden; Näheres regelt das Modulhandbuch. ³Im Zweifel folgt die Prüfungssprache der Unterrichtssprache.

§ 4 Teilzeitstudium, Wechsel, ECTS-Punkteüberschreitungen

(1) ¹Das Zwei-Fach-Bachelorstudium kann in der Form des hälftigen Teilzeitstudiums gemäß **Anlage 2** absolviert werden. ²Die Wahl des Teilzeitstudiums ist bei der Immatrikulation schriftlich gegenüber der Studierendenverwaltung zu erklären.

(2) ¹Das Ein-Fach-Bachelorstudium kann in der Form des hälftigen Teilzeitstudiums absolviert werden. ²Näheres regelt die **Fachstudien- und Prüfungsordnung**. ³Die Wahl des Teilzeitstudiums ist bei der Immatrikulation schriftlich gegenüber der Studierendenverwaltung zu erklären. ⁴Abweichend von Satz 1 ist das hälftige Teilzeitstudium im Ein-Fach-Bachelorstudiengang Literatur und Buch nicht möglich.

(3) ¹Ein Wechsel zwischen Vollzeit- und Teilzeitstudiengang ist in den Ein-Fach- und Zwei-Fach-Bachelorstudiengängen während des Studiums auf schriftlichen Antrag jeweils zum Wintersemester zulässig; es wird empfohlen, vor dem Wechsel eine Studienberatung in Anspruch zu nehmen. ²Ein Wechsel nach dem fünften Vollzeitsemester in den Teilzeitstudiengang ist nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig; die Entscheidung trifft der Prüfungsausschuss. ³Die bisherigen im Teil- bzw. Vollzeitstudiengang studierten Semester werden entsprechend angerechnet und die bzw. der Studierende wird in das entsprechende Fachsemester eingeschrieben, wobei die Fachsemesteranzahl verdoppelt (Wechsel in Teilzeit) bzw. halbiert (Wechsel in Vollzeit) wird. ⁴Die absolvierten Prüfungen bzw. Module und ggf. vorhandene Fehlversuche

werden von Amts wegen gemäß § 16 anerkannt. ⁵Im Teil- bzw. Vollzeitstudiengang begründete Prüfungsrechtsverhältnisse bleiben von dem Wechsel unberührt. ⁶Dies gilt im Falle des Wechsels von Vollzeit auf Teilzeit insbesondere für die Pflicht zur fristgemäßen Wiederholung nicht bestandener Prüfungen und die Pflicht, die Grundlagen- und Orientierungsprüfung fristgemäß abzuschließen. ⁷Im Falle des Wechsels von Teilzeit auf Vollzeit sind die noch fehlenden Leistungen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung des Vollzeitstudiums binnen eines Jahres nach dem Wechsel nachzuholen.

(4) ¹Im Teilzeitstudium der Ein-Fach- und Zwei-Fach-Bachelorstudiengänge können pro Studienjahr maximal 35 ECTS-Punkte erworben werden. ²Abweichend von Satz 1 können in dem Studienjahr, in dem die Bachelorarbeit abgegeben wird maximal 45 ECTS-Punkte erworben werden. ³Eine Überschreitung der ECTS-Punktezahl gemäß Sätzen 1 und 2 um 5 ECTS-Punkte ist einmalig zulässig. ⁴Der Prüfungsausschuss kann auf begründeten, schriftlichen Antrag eine Ausnahme von der Regelung in Satz 3 genehmigen; der Antrag ist vor dem jeweiligen Prüfungsantritt zu stellen.

§ 5 Inhaltliche Gliederung des Bachelorstudiums

(1) Das Bachelorstudium umfasst ein Fachstudium, den Erwerb von Schlüsselqualifikationen und die Anfertigung einer Bachelorarbeit.

(2) ¹In den Ein-Fach-Bachelorstudiengängen sind zum Abschluss des Bachelorstudiums entsprechend den Vorgaben der jeweiligen **Fachstudien- und Prüfungsordnung** 160, 150 bzw. 140 ECTS-Punkte aus den Modulen des Fachs zu erwerben. ²Hinzu kommt ein Modul Bachelorarbeit im Umfang von 10 ECTS-Punkten und der Nachweis von Modulen aus dem Bereich Schlüsselqualifikationen im Umfang von 10, 20 bzw. 30 ECTS-Punkten. ³Als Ein-Fach-Bachelorstudiengang im o. g. Sinne sind wählbar:

1. Archäologische Wissenschaften
2. Islamisch-Religiöse Studien
3. Literatur und Buch
4. Soziologie.

⁴Die **Fachstudien- und Prüfungsordnung Literatur und Buch** kann von den Sätzen 1 und 2 abweichende Regelungen vorsehen.

(3) ¹In den Zwei-Fach-Bachelorstudiengängen sind entsprechend den Vorgaben der jeweiligen **Fachstudien- und Prüfungsordnung** im Erstfach 90, 80 bzw. 70 ECTS-Punkte, im Zweitfach stets 70 ECTS-Punkte aus den Modulen des jeweiligen Fachs zu erwerben. ²Hinzu kommt das Modul Bachelorarbeit im Umfang von 10 ECTS-Punkten, welches im Erstfach abzulegen ist. ³Der Prüfungsausschuss kann auf Antrag die Absolvierung des Moduls Bachelorarbeit im Zweitfach genehmigen. ⁴Wird die Bachelorarbeit im Zweitfach angefertigt, richtet sich die Gewichtung des Moduls Bachelorarbeit bei der Berechnung der Gesamtnote nach den Vorgaben der **Fachstudien- und Prüfungsordnung** des jeweiligen Erstfachs. ⁵Bei der Stellung des Antrags nach Satz 3 sind die Fristen des § 11 zu beachten; in der Regel ist der Antrag ein Semester vor Ablauf der Prüfungsfrist im Erstfach zu stellen. ⁶Im Bereich Schlüsselqualifikationen sind entsprechend dem gewählten Erstfach Module im Umfang von 10, 20 bzw. 30 ECTS-Punkten nachzuweisen. ⁷Die **Fachstudien- und Prüfungsordnung Kulturgeographie** kann von den Sätzen 2 und 4 abweichende Regelungen vorsehen. ⁸Die Prüfungsfristen des § 11 werden für jeden Teilstudiengang gesondert bemessen und sind entsprechend einzuhalten.

§ 6 Masterstudiengänge, Prüfungen und Regelstudienzeiten, Studienbeginn, Unterrichts- und Prüfungssprache

(1) ¹Das Masterstudium baut inhaltlich auf dem Bachelorstudium auf; es ist stärker forschungsorientiert. ²Die Regelstudienzeit des Masterstudiums beträgt vier Semester. ³Abweichend von Satz 2 beträgt die Regelstudienzeit im Teilzeitstudiengang nach § 7 acht Semester.

(2) Für den erfolgreichen Abschluss des Masterstudiums sind 120 ECTS-Punkte erforderlich.

(3) ¹Das Masterstudium wird mit der Masterprüfung abgeschlossen. ²Sie besteht aus den studienbegleitend abzulegenden Prüfungen in sämtlichen dem Masterstudium zugeordneten Modulen einschließlich des Moduls Masterarbeit. ³Module, die im Rahmen des Bachelorstudiums absolviert werden, können wegen des erforderlichen fachspezifischen Kompetenzgewinns, welcher sich aus der jeweiligen Modulbeschreibung im Kontext des Qualifizierungsziels des Masterstudiengangs ergibt, in der Regel nicht mehr in die Masterprüfung eingebracht werden; der Prüfungsausschuss kann Ausnahmen zulassen.

(4) Sofern die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** nichts anderes vorsehen, kann das Masterstudium nur zum Wintersemester aufgenommen werden.

(5) ¹Soweit die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** nichts anderes vorsehen, ist die Unterrichts- und Prüfungssprache in den Masterstudiengängen Deutsch. ²Einzelne Lehrveranstaltungen und Prüfungen können in englischer Sprache abgehalten werden; Näheres regelt das Modulhandbuch. ³Im Zweifel folgt die Prüfungssprache der Unterrichtssprache.

§ 7 Teilzeitstudium, Wechsel, ECTS-Punkteüberschreitungen

(1) Das Masterstudium in den Studiengängen

1. Arabistik, Islamwissenschaft, Semitistik,
2. Chinese Studies with an Optional Focus
3. Digital Humanities,
4. Digitale Japanstudien
5. English Studies,
6. Erziehungswissenschaftlich-empirische Bildungsforschung,
7. Germanistik,
8. Geschichte,
9. Kunstgeschichte,
10. Kunstvermittlung,
11. Linguistik,
12. Literaturstudien - intermedial & interkulturell,
13. Medienwissenschaft,
14. North American Studies: Culture and Literature,
15. Pädagogik,
16. Philosophie,
17. Politikwissenschaft
18. Schriftmedienkultur und Digitale Transformation,
19. Soziologie,
20. Theater – Forschung – Vermittlung

kann auch in der Form des hälftigen Teilzeitstudiums absolviert werden.

(2) ¹Ein Wechsel vom Vollzeit- in den Teilzeitstudiengang ist nach dem 2. Fachsemester möglich; es wird empfohlen, vor dem Wechsel eine Studienberatung in Anspruch zu nehmen. ²Ein späterer Wechsel in den Teilzeitstudiengang ist nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig; die Entscheidung trifft der Prüfungsausschuss. ³Ein Wechsel vom Teilzeit- in den Vollzeitstudiengang ist nach dem 2., 4., und 6. Fachsemester möglich. ⁴Die bisherigen im Teil- bzw. Vollzeitstudiengang studierten Semester werden entsprechend angerechnet und die bzw. der Studierende wird in das entsprechende Fachsemester eingeschrieben, wobei die Fachsemesteranzahl verdoppelt (Wechsel in Teilzeit) bzw. halbiert (Wechsel in Vollzeit) wird. ⁵Im Teil- bzw. Vollzeitstudiengang begründete Prüfungsrechtsverhältnisse bleiben von dem Wechsel unberührt; dies gilt insbesondere für die fristgemäße Wiederholung nicht bestandener Prüfungen.

(3) ¹Im Teilzeitstudium der Masterstudiengänge können pro Studienjahr maximal 35 ECTS-Punkte erworben werden. ²Abweichend von Satz 1 können in dem Studienjahr in dem die Masterarbeit abgegeben wird, Module im Umfang von maximal 40 ECTS-Punkten belegt werden. ³Eine Überschreitung der ECTS-Punktezahl gemäß Sätzen 1 und 2 um 5 ECTS-Punkte ist einmalig zulässig. ⁴Der Prüfungsausschuss kann auf begründeten, schriftlichen Antrag eine Ausnahme von der Regelung des Satzes 3 genehmigen; der Antrag ist vor dem jeweiligen Prüfungsantritt zu stellen.

§ 8 ECTS-Punkte

(1) ¹Die Organisation von Studium und Prüfungen beruht auf dem European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS). ²Das Studiensemester ist mit ca. 30 ECTS-Punkten veranschlagt. ³Ein ECTS-Punkt entspricht einer Arbeitslast von 30 Stunden.

(2) ¹ECTS-Punkte dienen als System zur Gliederung, Berechnung und Bescheinigung des Studienaufwandes. ²Sie sind ein quantitatives Maß für die Arbeitsbelastung der Studierenden.

§ 9 Modularisierung, studienbegleitende Leistungsnachweise

(1) ¹Das Studium besteht aus Modulen, die mit ECTS-Punkten bewertet sind. ²Ein Modul ist eine zeitlich abgerundete und in sich geschlossene, abprüfbare Lehr- und Lerneinheit.

(2) ¹Die Module schließen mit einer studienbegleitenden Modulprüfung ab. ²Diese Prüfung soll in der Regel aus einer Prüfungs- oder Studienleistung bestehen. ³In fachlich zu begründenden Ausnahmefällen kann diese Prüfung auch aus Teilprüfungen oder Prüfungsteilen bzw. einer Kombination aus Prüfungs- und/oder Studienleistungen bestehen. ⁴Leistungsnachweise in Form von mehrteiligen unbenoteten und/oder beliebig oft wiederholbaren Studienleistungen zählen nicht als mehrteilige Prüfungsereignisse im Sinne des Satz 3. ⁵ECTS-Punkte werden nur für die erfolgreiche Teilnahme an Modulen vergeben, die aufgrund eigenständig erbrachter, abgrenzbarer Leistungen in einer Modulprüfung festgestellt wird. ⁶Studienbegleitende Prüfungen sind solche, die während der Vorlesungszeit oder im Anschluss an die letzte Lehrveranstaltung eines Moduls angeboten werden. ⁷Die Prüfungen mit Ausnahme von Hausarbeiten und mündlichen Prüfungen finden in der Regel innerhalb des achtwöchigen Prüfungszeitraums statt. ⁸Der Prüfungszeitraum unterteilt sich in einen Abschnitt von zwei Wochen vor und zwei Wochen nach dem Vorlesungsende eines Semesters, in dem die jeweiligen Erstversuche abgelegt werden und in einen Abschnitt von zwei Wochen vor und

zwei Wochen nach dem Vorlesungsbeginn des Folgesemesters, in dem die Wiederholungsprüfungen zu den Erstversuchen des jeweiligen Prüfungszeitraums angeboten werden. ⁹Für Prüfungen, die von einer anderen Fakultät angeboten werden, können andere Prüfungszeiträume gelten.

(3) ¹Prüfungen (Prüfungs- und Studienleistungen) messen den Erfolg der Studierenden. ²Sie können insbesondere schriftlich, mündlich, elektronisch, oder unter Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel erfolgen. ³Bei elektronischen Fernprüfungen unter Aufsicht sind die Bayerische Fernprüfungserprobungsverordnung (**BayFEV**) sowie die Satzung der FAU über die Durchführung elektronischer Fernprüfungen auf Grundlage der Bayerischen Fernprüfungserprobungsverordnung (BayFEV) – **E-FernPO** – zu beachten. ⁴Prüfungsleistungen und Teilprüfungen werden benotet. ⁵Bei Studienleistungen beschränkt sich die Bewertung auf die Feststellung des Bestehens oder Nicht-Bestehens.

(4) Die Teilnahme an Modulprüfungen (Abs. 2 Satz 1) setzt die Immatrikulation im einschlägigen Studiengang an der FAU voraus.

§ 10 Prüfungsformen, Elektronische Prüfungen

(1) Im Bachelorstudiengang und im Masterstudiengang werden insbesondere folgende Prüfungsformen der Fachmodule anerkannt:

1. Vorträge (Referate),
2. Hausarbeiten,
3. Kurzessays,
4. Protokolle,
5. Exzerpte,
6. Mündliche Prüfungen und Kolloquien,
7. Klausuren,
8. Bachelorarbeit,
9. Masterarbeit.

(2) ¹Prüfungen können in elektronischer Form in Präsenz abgenommen werden. ²Elektronische Prüfungen in Präsenz (E-Prüfungen) sind Prüfungsverfahren, deren Durchführung und Auswertung durch computergestützte bzw. digitale Medien erfolgen. ³Die Authentizität und die Integrität der Prüfungsergebnisse sind sicherzustellen. ⁴Eine automatisiert erstellte Bewertung einer Prüfung soll auf Antrag der bzw. des betroffenen Studierenden von einer bzw. einem Prüfenden, im Fall einer nicht bestandenen Prüfung von zwei Prüfenden überprüft werden.

(3) Nähere Angaben über die Prüfungen sowie dazu, in welchen Modulen Prüfungen in elektronischer Form in Präsenz abgehalten werden, befinden sich in den §§ 21, 22, 33 und 39 sowie in den **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** und in den Modulbeschreibungen.

§ 11 Prüfungsfristen, Fristversäumnis

(1) ¹Die Prüfungen sind ordnungsgemäß so rechtzeitig abzulegen, dass im Bachelorstudium in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung der Ein-Fach-Bachelorstudiengänge 40 ECTS-Punkte, in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung der Zwei-Fach-Bachelorstudiengänge pro studiertem Fach 20 ECTS-Punkte sowie in der Bachelorprüfung 180 ECTS-Punkte und in der Masterprüfung 120 ECTS-Punkte bis zum Ende

des Regeltermins erworben worden sind. ²Abweichend von Satz 1 sind im Teilzeitstudiengang für die Grundlagen- und Orientierungsprüfung 20 ECTS-Punkte pro studiertem Fach gemäß § 31 Abs. 4 bzw. 5 abzulegen. ³Regeltermine sind in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung vorbehaltlich der Regelung in § 31 Abs. 4 und 5 das zweite, in der Bachelorprüfung in Vollzeit das sechste, in der Bachelorprüfung in Teilzeit das zwölfte, in der Masterprüfung in Vollzeit das vierte und in der Masterprüfung in Teilzeit das achte Fachsemester. ⁴Die Regeltermine nach Satz 3 dürfen überschritten werden (Überschreitungsfrist):

1. in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung im Voll- bzw. Teilzeitstudiengang um ein Semester,
2. in der Bachelorprüfung im Vollzeit- bzw. Teilzeitstudiengang um zwei Semester,
3. in der Masterprüfung im Vollzeitstudiengang um ein Semester,
4. in der Masterprüfung im Teilzeitstudiengang um zwei Semester.

⁵Die jeweilige Prüfung gilt als abgelegt und endgültig nicht bestanden, wenn die festgelegte Zahl von ECTS-Punkten nicht innerhalb der Überschreitungsfrist nach Satz 4 erworben wurde, es sei denn, die bzw. der Studierende hat die Gründe hierfür nicht zu vertreten.

(2) Die Frist nach Abs. 1 verlängert sich um die Inanspruchnahme der Schutzfristen entsprechend den Regelungen des Gesetzes zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz – **MuSchG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228) in der jeweils geltenden Fassung, der Fristen des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – **BEEG**) vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748) in der jeweils geltenden Fassung sowie um Zeiten für die Pflege eines nahen Angehörigen im Sinne von § 7 Abs. 3 des Gesetzes über die Pflegezeit (Pflegezeitgesetz – **PflegeZG**) vom 28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874, 896) in der jeweils geltenden Fassung, der pflegebedürftig im Sinne der §§ 14, 15 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (**SGB XI**) vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014, 1015) in der jeweils geltenden Fassung ist.

(3) ¹Die Gründe nach den Abs. 1 und 2 müssen dem Prüfungsamt unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Werden die Gründe anerkannt, so ist die Prüfung zum nächstmöglichen Termin abzulegen; bereits bestandene Prüfungsteil- oder Studienteilleistungen werden anerkannt. ³Es gelten § 13 Abs. 3 Sätze 2 bis 4.

§ 12 Prüfungsausschuss, Prüfungsbeauftragte

(1) ¹Für die Organisation und Durchführung der Prüfungen wird ein Prüfungsausschuss eingesetzt. ²Dem Prüfungsausschuss gehören fünf Mitglieder an. ³Die Mitglieder werden vom Fakultätsrat für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt. ⁴Wählbar sind alle hauptberuflichen und nebenberuflichen Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer der Fakultät i. S. d. Art. 19 **BayHIG**; Wiederwahl ist zulässig. ⁵Der Prüfungsausschuss bestimmt ein Mitglied für drei Jahre zu der bzw. dem Vorsitzenden und regelt die Vertretung. ⁶Der Fakultätsrat bestimmt darüber hinaus für jedes Department eine Prüfungsbeauftragte bzw. einen Prüfungsbeauftragten sowie eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter; Sätze 3 und 4 gelten entsprechend. ⁷Die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann ihr bzw. ihm oder dem Prüfungsausschuss obliegende Aufgaben einem Mitglied des Prüfungsausschusses oder der bzw. dem jeweiligen Prüfungsbeauftragten zur Erledigung übertragen.

(2) ¹Dem Prüfungsausschuss obliegt die Durchführung der Prüfungsverfahren im Benehmen mit dem Prüfungsamt, insbesondere die Planung und Organisation der Prü-

funken. ²Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Studien -und Prüfungsordnung eingehalten werden. ³Er trifft, mit Ausnahme der eigentlichen Prüfung und deren Bewertung als Aufgabe der Prüfenden, alle anfallenden Entscheidungen, soweit sie nicht an das Prüfungsamt oder die Prüfungsbeauftragten delegiert sind. ⁴Der Prüfungsausschuss überprüft auf Antrag delegierte Entscheidungen sowie die Bewertungen von Prüfungen auf ihre Rechtmäßigkeit. ⁵Er berichtet regelmäßig dem Fakultätsrat über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und gibt gegebenenfalls Anregungen zu Änderungen der Prüfungsordnung; vor einer Änderung ist er zu hören. ⁶Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht auf Anwesenheit bei der Abnahme der Prüfungen. ⁷Für den Geschäftsgang gilt § 30 der Grundordnung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (**GrO**).

(3) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder schriftlich oder elektronisch unter Einhaltung einer mindestens einwöchigen Ladungsfrist geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. ²Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. ³Stimmenthaltung, geheime Abstimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig. ⁴Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag.

(4) ¹Die bzw. der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein. ²Sie bzw. er ist befugt, anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Entscheidungen allein zu treffen. ³Hiervon ist der Prüfungsausschuss unverzüglich in Kenntnis zu setzen. ⁴Darüber hinaus kann, soweit diese Studien- und Prüfungsordnung nichts anderes bestimmt, der Prüfungsausschuss der bzw. dem Vorsitzenden die Erledigung einzelner Aufgaben widerruflich übertragen.

(5) ¹Bescheide in Prüfungsangelegenheiten, durch die jemand in seinen Rechten beeinträchtigt werden kann, bedürfen der Schriftform; sie sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Der bzw. dem Studierenden ist vor ablehnenden Entscheidungen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. ³Aufgrund eines Beschlusses des Prüfungsausschusses können Notenbescheide jeder bzw. jedem Einzelnen in elektronischer Form bekannt gegeben werden. ⁴Widerspruchsbescheide werden im Auftrag der Präsidentin bzw. des Präsidenten erlassen, in fachlich-prüfungsrechtlichen Fragen im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss und nach Anhörung der zuständigen Prüfenden.

§ 13 Bekanntgabe der Prüfungsart, der Prüfungstermine und der Prüfenden, Anmeldung, Rücktritt

(1) Die Termine der Prüfungen und die Prüfenden sowie die Anmeldetermine und Anmeldeformalitäten werden rechtzeitig ortsüblich bekannt gegeben.

(2) ¹Die Studierenden melden sich zu den einzelnen Modulprüfungen nach Beginn der Vorlesungszeit an. ²Die Teilnahme an der Prüfung kann unter den Voraussetzungen des § 18 von der regelmäßigen Teilnahme an der Lehrveranstaltung abhängig gemacht werden. ³Die Teilnahme an der jeweiligen Prüfung setzt die ordnungsgemäße Anmeldung auf der hierfür bereitgestellten Plattform voraus. ⁴Abweichend von Sätzen 1 bis 3 werden Studierende bei entsprechender Ausweisung in der jeweiligen Modulbeschreibung im Falle von Praktika, Geländeseminaren und Exkursionen in Folge der eigenständigen Anmeldung zur Teilnahme am Praktikum, dem Geländeseminar bzw. der Exkursion von Amts wegen zur dazugehörigen Prüfung angemeldet; erfolgt keine

entsprechende Ausweisung im Modulhandbuch, gelten Sätze 1 bis 3. ⁵Für die Anmeldung zu Wiederholungsprüfungen ist § 35 Abs. 2 zu beachten.

(3) ¹Unbeschadet der Fristen nach § 11 ist bis zum Ende des dritten Werktages vor dem Prüfungstag ein Rücktritt von einer nach Abs. 2 angemeldeten Prüfung ohne Angabe von Gründen gegenüber der bzw. dem Prüfenden zulässig; als Werktage gelten die Tage von Montag bis einschließlich Freitag. ²In Fällen des Abs. 2 Satz 4 ist ein Rücktritt von der Prüfung nur aus von der bzw. dem Studierenden nicht zu vertretenden Gründen, insbesondere im Falle der Krankheit, zulässig. ³Eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit muss unverzüglich bei der bzw. dem Prüfenden geltend gemacht werden. ⁴In Fällen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit ist ein Attest vorzulegen; der jeweilige Prüfungsausschuss kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangen. ⁵Das (vertrauens-)ärztliche Attest muss eine Beschreibung der gesundheitlichen Beeinträchtigung und die Angabe der sich daraus ergebenden Verminderung des Leistungsvermögens im Hinblick auf die Prüfung speziell durch die Störung bestimmter körperlicher oder geistiger Funktionen enthalten. ⁶Im Falle eines krankheitsbedingten Rücktritts am Tag der Prüfung nach Beginn der Prüfungszeit (= Prüfungsabbruch) ist dem Prüfungsamt unverzüglich ein vertrauensärztliches Attest vorzulegen. ⁷Die Erklärung des Rücktritts ist unwiderruflich. ⁸Mit der Erklärung des Rücktritts erlischt die Anmeldung zur Prüfung für diesen Prüfungstermin und die bzw. der Studierende ist von der Teilnahme an derselben ausgeschlossen. ⁹Eine Anmeldung zur Prüfung und die Teilnahme an der Prüfung sind erst wieder in einem späteren Semester möglich. ¹⁰Für den Rücktritt von Wiederholungsprüfungen ist § 35 Abs. 3 zu beachten. ¹¹Die Folgen eines verspäteten oder unwirksamen Rücktritts richten sich nach § 17 Abs. 1.

§ 14 Prüfende, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht

(1) ¹Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden und Gutachterinnen bzw. Gutachter. ²Zu Prüfenden, Gutachterinnen und Gutachtern können alle nach dem **BayHIG** und der **BayHSchPrüferV** in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme von Prüfungen Berechtigten bestellt werden. ³Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfung aus zwingenden Gründen notwendig werdender Wechsel in der Person der bzw. des Prüfenden ist zulässig. ⁴Scheidet ein prüfungsberechtigtes Hochschulmitglied aus, bleibt ihre bzw. seine Prüfungsberechtigung vorbehaltlich der Regelungen in Art. 85 **BayHIG** und der **Hochschulprüferverordnung** in der Regel bis zu einem Jahr erhalten. ⁵Bei befristet beschäftigten Prüfungsberechtigten gilt die Prüfungsberechtigung dagegen nur für die vertraglich vereinbarte Dauer der Beschäftigung. ⁶Auf Antrag kann der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit der jeweiligen Beschäftigungsstelle die Prüfungsberechtigung darüber hinaus verlängern.

(2) ¹Zur Beisitzerin bzw. zum Beisitzer kann bestellt werden, wer das entsprechende oder ein verwandtes Fachstudium erfolgreich abgeschlossen hat. ²Die Beisitzerin bzw. der Beisitzer soll hauptberufliche wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. hauptberuflicher wissenschaftlicher Mitarbeiter sein.

(3) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung im Prüfungsausschuss sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 51 Abs. 2 **BayHIG** i. V. m. Art. 20, 21 **BayVwVfG**.

(4) Die Pflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art.26 Abs. 2 Sätzen 2 und 3 **BayHIG**.

§ 15 Zugangskommission

(1) ¹Die Prüfung der Qualifikations- und Zugangsvoraussetzungen zum Masterstudium obliegt einer Zugangskommission, die für den jeweiligen Masterstudiengang bestellt wird. ²Die Zugangskommission bedient sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben des Masterbüros.

(2) ¹Die Zugangskommissionen bestehen jeweils aus drei Mitgliedern der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie. ²Die bzw. der Vorsitzende und ein weiteres Mitglied müssen hauptberufliche Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrer i. S. d. Art. 19 **BayHIG** sein. ³Das dritte Mitglied wird entweder aus dem Kreis der hauptberuflichen oder nebenberuflichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer oder aus dem Kreis der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitenden der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie i. S. d. Art. 19 **BayHIG** bestellt. ⁴Die jeweiligen **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** können Abweichungen von den Sätzen 1 bis 3 vorsehen. ⁵In jedem Fall muss gewährleistet sein, dass die Gruppe der hauptberuflichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer i. S. d. Art. 19 **BayHIG** über mindestens die Hälfte der Stimmen verfügt. ⁷Der Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie bestellt die Mitglieder für eine Amtszeit von drei Jahren; Wiederwahl ist zulässig. ⁸Die Mitglieder wählen aus den der Zugangskommission zugehörigen hauptberuflichen Hochschullehrerinnen bzw. Hochschullehrern i. S. d. Art. 19 **BayHIG** eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden sowie eine stellvertretende Vorsitzende bzw. einen stellvertretenden Vorsitzenden.

§ 16 Anerkennung von Kompetenzen

(1) ¹Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die in Studiengängen oder durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Fernstudieneinheit im Rahmen eines anderen Studiengangs an der FAU oder an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland oder in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbracht worden sind, sowie aufgrund solcher Studiengänge erworbene Abschlüsse sind anzuerkennen, sofern hinsichtlich der erworbenen und der nachzuweisenden Kompetenzen keine wesentlichen Unterschiede bestehen. ²Gleiches gilt für Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in Bayern im Rahmen von Modul- und Zusatzstudien, an der Virtuellen Hochschule Bayern oder im Rahmen eines Früh- oder Jungstudiums erbracht worden sind. ³Die Anerkennung dient der Fortsetzung des Studiums, der Ablegung von Prüfungen, der Aufnahme eines weiteren Studiums oder der Zulassung zur Promotion.

(2) ¹Kompetenzen, die im Rahmen weiterbildender oder weiterqualifizierender Studien oder außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, können angerechnet werden, wenn sie gleichwertig sind. ²Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene Kompetenzen dürfen höchstens die Hälfte der nachzuweisenden Kompetenzen ersetzen.

(3) ¹Die Noten anerkannter Studien- und Prüfungsleistungen werden übernommen, wenn sie entsprechend § 23 gebildet wurden. ²Stimmt das Notensystem an der Universität oder an gleichgestellten Hochschulen erbrachter und von der FAU anerkannter Prüfungen mit dem Notensystem des § 23 nicht überein, werden die Noten der anderen Hochschulen in der Regel nach der Formel

$x = 1 + 3 (N_{\max} - N_d) / (N_{\max} - N_{\min})$ mit

x = gesuchte Umrechnungsnote

N_{\max} = beste erzielbare Note

N_{\min} = unterste Bestehensnote

N_d = erzielte Note

umgerechnet. ³Bei den so berechneten Noten wird nur eine Stelle hinter dem Komma berücksichtigt. ⁴Ist die Umrechnung nicht möglich, so legt der Prüfungsausschuss in der Regel einen entsprechenden Schlüssel für die Notenberechnung fest.

(4) ¹Im Falle der Anerkennung bzw. Anrechnung von 30 oder mehr ECTS-Punkten im Vollzeitstudium erfolgt eine Hochstufung der bzw. des Studierenden in höhere Fachsemester. ²Dabei wird pro anerkannter 30 ECTS-Punkte ein Semester hochgestuft. ³Abweichend von Sätzen 1 und 2 erfolgt eine Hochstufung im Zwei-Fach-Bachelorstudiengang für den jeweiligen Teilstudiengang in Vollzeit bereits bei einer Anerkennung bzw. Anrechnung von 15 ECTS-Punkten. ⁴Sätze 1 bis 3 gelten für das Teilzeitstudium mit der Maßgabe, dass eine Hochstufung jeweils bereits nach der Hälfte des in Sätzen 1 bis 3 angegebenen Umfangs der Anerkennung bzw. Anrechnung erfolgt.

(5) ¹Anerkennung und Anrechnung erfolgen auf Antrag. ²Die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen sind der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses vorzulegen. ³Vorbehaltlich der Regelung in Satz 4 besteht bei Vorliegen der Voraussetzungen der Abs. 1 und 2 ein Rechtsanspruch auf Anerkennung. ⁴Eine Anerkennung ist nur möglich, soweit das entsprechende Prüfungsrechtsverhältnis an der FAU noch nicht durch das Bestehen oder endgültige Nichtbestehen der Prüfung beendet ist. ⁵Die Entscheidung trifft die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach Anhörung der vom zuständigen Fach benannten Fachvertreterin bzw. des Fachvertreters; die Entscheidung ergeht schriftlich.

§ 17 Folgen eines verspäteten Rücktritts, Täuschung, Ordnungsverstoß, Ausschluss von der weiteren Teilnahme

(1) ¹Eine Prüfung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn die bzw. der Studierende von einem Prüfungstermin nach dem Ablauf der Rücktrittsfrist (vgl. § 13 Abs. 3) ohne triftige Gründe zurücktritt; § 11 Abs. 3 bleibt unberührt. ²Die für den Rücktritt oder die Verspätung geltend gemachten Gründe nach Satz 1 müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden; § 13 Abs. 3 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend. ³Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so wird ein neuer Termin anberaumt.

(2) ¹Im Falle des Plagiats oder bei einem Täuschungsversuch oder dem Versuch, das Ergebnis einer Prüfung durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. ²Zu den nicht zugelassenen Hilfsmitteln in Satz 1 bei der Anfertigung von Prüfungs- bzw. Studienleistungen zählt insbesondere die Nutzung von Systemen künstlicher Intelligenz, die die eigenständige Leistung der bzw. des Studierenden, die Teil der abzurufenden Leistung ist, ersetzen können, sofern diese nicht ausdrücklich von der bzw. dem Prüfenden als Hilfsmittel zugelassen wurden. ³Als Versuch i. S. d. Satz 1 gilt bereits der Besitz nicht zugelassener Hilfsmittel während oder nach Ausgabe der Prüfungsunterlagen. ⁴Das Prüfungsamt führt ein Verzeichnis der zu Prüfenden, die wegen Täuschung eine Prüfung nicht bestanden haben.

(3) ¹Besteht der begründete Verdacht für das Vorliegen eines Plagiats bzw. einer anderweitigen Täuschung, insbesondere durch den Einsatz von Systemen künstlicher

Intelligenz im Sinne des Abs. 2 Satz 2, so sind die zuständigen Prüfenden im Rahmen der Sachverhaltsermittlung nach Art. 26 **BayVwVfG** insbesondere auch dazu berechtigt, im Rahmen eines Kontrollgesprächs mithilfe von Fragen zum ursprünglichen Prüfungsgegenstand abzufragen, ob die bzw. der betreffende Studierende den Prüfungsstoff beherrscht. ²Ein begründeter Verdacht im Sinne des Satzes 1 ist gegeben, wenn nach dem Erfahrungswissen der bzw. des Prüfenden ein für das Vorliegen eines Plagiats bzw. einer Täuschung typischer Sachverhalt gegeben ist, der aufgrund des allgemeinen Erfahrungswissens zu dem Schluss berechtigt, dass ein Plagiat bzw. eine Täuschung vorliegt. ³Das Kontrollgespräch wird von den für die ursprüngliche Prüfung zuständigen Prüfenden durchgeführt; war für die ursprüngliche Prüfung nur eine Prüfende bzw. ein Prüfender eingesetzt, findet das Kontrollgespräch in Anwesenheit einer Beisitzerin bzw. eines Beisitzers statt, die bzw. der von der bzw. dem Prüfenden bestimmt wird. ⁴Bei der Bewertung des Kontrollgesprächs ist der zeitliche Abstand zwischen der ursprünglichen Prüfung und dem Kontrollgespräch zu berücksichtigen. ⁵Beherrscht die bzw. der Studierende den Prüfungsstoff in einem Umfang, der für das Bestehen der ursprünglichen Prüfung ausgereicht hätte, so gilt der begründete Verdacht für das Vorliegen des Plagiats bzw. der anderweitigen Täuschung als ausgeräumt und die ursprüngliche Prüfung wird regulär inhaltlich bewertet. ⁶Kann die bzw. der Studierende im Rahmen des Kontrollgesprächs nach Satz 1 die abgeprüften Kompetenzen nicht in einem im Sinne des Satz 2 ausreichenden Umfang nachweisen und sind gleichzeitig keine tatsächlichen Umstände gegeben, die ein atypisches Geschehen im Einzelfall ernsthaft möglich erscheinen lassen, gilt die Täuschung als bewiesen; es gilt Abs. 2 Satz 1. ⁷Verweigert die bzw. der Studierende die Teilnahme an dem Kontrollgespräch, so stellt dies eine Verletzung ihrer bzw. seiner Obliegenheit zur Mitwirkung im Prüfungsverfahren im Sinne des Art. 26 Abs. 2 Satz 1 **BayVwVfG** dar. ⁸Macht die bzw. der Studierende gleichzeitig keine tatsächlichen Umstände glaubhaft, die ein atypisches Geschehen im Einzelfall ernsthaft möglich erscheinen lassen, so gilt der begründete Verdacht des Vorliegens eines Plagiats bzw. einer anderweitigen Täuschung als durch den Beweis des ersten Anscheins bewiesen.

(4) Wer den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann von der jeweiligen prüfungsberechtigten Person oder der bzw. dem Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(5) Bei wiederholten oder schwerwiegenden Verstößen im Sinne des Abs. 2 oder Abs. 4 kann der Prüfungsausschuss die bzw. den Studierenden von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausschließen mit der Folge, dass die bzw. der Studierende den Prüfungsanspruch im entsprechenden Modul bzw. den entsprechenden Modulen verliert (endgültiges Nichtbestehen des Moduls bzw. der Module), was in der Regel zum endgültigen Nichtbestehen des Studiengangs führt; ein Wechsel in alternativ angebotene Module ist nicht möglich.

§ 18 Anwesenheitspflicht

(1) ¹Für entsprechend in der jeweiligen Modulbeschreibung gekennzeichnete Lehrveranstaltungen, in denen das Qualifikationsziel nicht anders als über die regelmäßige Teilnahme erreicht werden kann, kann als Voraussetzung für die Zulassung zur Modulprüfung eine Anwesenheitspflicht vorgesehen werden. ²Eine Teilnahmeverpflichtung ist dann zulässig, wenn die Anwesenheit der bzw. des Einzelnen für den fachspezifischen Kompetenzerwerb aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer erforderlich ist, der fachspezifische Kompetenzerwerb der bzw. des Einzelnen von der Anwesenheit der

anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer abhängt, nur durch die Anwesenheit an einem bestimmten Ort erreicht werden kann oder zur Sicherheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erforderlich ist.

(2) ¹Die Teilnahme ist dann regelmäßig, wenn in einer Lehrveranstaltung nicht mehr als 15 v. H. der Unterrichtszeit versäumt werden. ²Werden zwischen mehr als 15 v. H. bis höchstens 30 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, kann die bzw. der Lehrende der bzw. dem Studierenden anbieten, eine zur Erfüllung des Erfordernisses der regelmäßigen Teilnahme kompetenzorientiert ausgestaltete Ersatzleistung zu erbringen; werden in diesem Fall keine Ersatzleistungen angeboten oder angebotene Ersatzleistungen von der bzw. dem Studierenden nicht erfüllt, so ist die Teilnahme nicht regelmäßig. ³Werden insgesamt mehr als 30 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, ist die Lehrveranstaltung erneut zu belegen. ⁴Bei der Ermittlung des Umfangs der Fehlzeiten sich ergebende Nachkommastellen sind zu Gunsten der Studierenden zu runden.

(3) ¹Im Rahmen von Exkursionen, Praktika und Blockseminaren ist abweichend von Abs. 2 die Teilnahme nur dann regelmäßig, wenn alle Unterrichtseinheiten besucht wurden. ²Für glaubhaft gemachte, nicht von der bzw. dem Studierenden zu vertretende Fehlzeiten im Umfang von bis zu 15 v. H. der Unterrichtszeit sind der bzw. dem Studierenden zur Erfüllung des Erfordernisses der regelmäßigen Teilnahme angemessene kompetenzorientiert ausgestaltete Ersatzleistungen anzubieten. ³Werden mehr als 15 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, so ist die Veranstaltung erneut zu belegen. ⁴Bei der Ermittlung des Umfangs der Fehlzeiten sich ergebende Nachkommastellen sind zu Gunsten der Studierenden zu runden.

(4) ¹Die Anwesenheit wird in den jeweiligen Lehrveranstaltungen, sofern diese in Präsenzform stattfinden, mittels einer Teilnahmeliste, in die die bzw. der Studierende ihren bzw. seinen eigenen Namen samt Unterschrift einträgt, oder auf vergleichbare Weise festgestellt. ²Werden Lehrveranstaltungen im Online-Format abgehalten, erfolgt die Kontrolle der Anwesenheit durch die bzw. den Lehrenden mittels eines Namensabgleichs. ³In diesem Rahmen überprüft die bzw. der Lehrende, ob die auf der Anmelde-liste verzeichneten Namen tatsächlich den Namen entsprechen, mit denen Studierende an der Lehrveranstaltung teilnehmen. ⁴Nehmen Studierende unter einem Pseudonym an einer Lehrveranstaltung im Online-Format teil, so haben sie der bzw. dem Lehrenden dies in anwesenheitspflichtigen Veranstaltungen mitzuteilen und ihren Klarnamen zu nennen, um den Abgleich zu ermöglichen.

§ 19 Entzug akademischer Grade

Der Entzug des Bachelor- bzw. Mastergrades richtet sich nach Art. 101 **BayHIG**.

§ 20 Mängel im Prüfungsverfahren

(1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, kann auf Antrag einer bzw. eines Studierenden angeordnet werden, dass von einer bzw. einem bestimmten oder von allen Studierenden die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt wird bzw. werden.

(2) Mängel des Prüfungsverfahrens müssen unverzüglich bei der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder bei der bzw. dem Prüfenden geltend gemacht werden.

(3) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen von Amts wegen Anordnungen nach Abs. 1 nicht mehr getroffen werden.

§ 21 Schriftliche Prüfung, Antwort-Wahl-Verfahren

(1) ¹In der schriftlichen Prüfung sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln ein Problem mit den geläufigen Methoden des Faches erkennen und Wege zur Lösung finden können. ²Dies gilt insbesondere für Klausuren, die unter Aufsicht angefertigt werden. ³Schriftliche Prüfungen mit Ausnahme von Klausuren können auch als Open-Book-Prüfung abgehalten werden, bei der die Studierenden unbeaufsichtigt innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens eine oder mehrere Aufgaben unter Zuhilfenahme eines erweiterten Kreises an Hilfsmitteln bzw. sämtlicher Hilfsmittel – jedoch ohne die Hilfe dritter Personen – bearbeiten; Näheres regelt die Modulbeschreibung. ⁴Bei Prüfungen i. S. d. Satz 3 sind die Aufgabenstellungen möglichst auf das Prüfen von höheren Kompetenzen wie Verständnis, Analysieren, Transfer und Anwendung auszurichten.

(2) ¹Schriftliche Prüfungen werden von der Erstellerin bzw. dem Ersteller der Aufgabe bewertet, sofern in der jeweiligen **Fachstudien- und Prüfungsordnung** nichts anderes bestimmt ist; der Prüfungsausschuss kann Ausnahmen zulassen. ²Wird die schriftliche Prüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet, so ist sie von einer bzw. einem zweiten Prüfenden zu bewerten. ³Die Bewertung der bzw. des Prüfenden muss schriftlich dokumentiert werden und die das abschließende Votum tragenden Gründe erkennen lassen. ⁴Eine schriftliche Prüfung ist in der Regel innerhalb von sechs Wochen zu bewerten.

(3) ¹Klausuren können vollständig oder teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren abgenommen werden (Single und/oder Multiple-Choice-Prüfungen). ²Näheres dazu, in welchen Modulen Prüfungen im Antwort-Wahl-Verfahren abgenommen werden, regelt das Modulhandbuch. ³Die bzw. der zu Prüfende hat anzugeben, welche der mit den Aufgaben vorgelegten Antworten sie bzw. er für zutreffend hält. ⁴Prüfungsaufgaben müssen zuverlässige Prüfungsergebnisse ermöglichen. ⁵Bei der Aufstellung der Prüfungsaufgaben ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden. ⁶Falls die Frage Mehrfachantworten verbietet, sind Mehrfachantworten unzulässig und werden nicht gewertet. ⁷Die Prüfungsaufgaben sind durch mindestens zwei Aufgabenstellerinnen bzw. Aufgabensteller vor der Feststellung des Prüfungsergebnisses darauf zu überprüfen, ob sie gemessen an den Anforderungen des Satzes 4 fehlerhaft sind. ⁸Ergibt diese Überprüfung, dass einzelne Prüfungsaufgaben fehlerhaft sind, sind diese bei der Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht zu berücksichtigen, es ist von der verminderten Zahl der Prüfungsaufgaben auszugehen. ⁹Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil einer bzw. eines zu Prüfenden auswirken. ¹⁰Über die jeweilige Aufgabe hinaus dürfen keine Minuspunkte vergeben werden.

(4) ¹Die Aufgabenstellerinnen bzw. Aufgabensteller nach Abs. 3 Satz 7 legen fest, wann die Prüfungen nach Abs. 3 Satz 1 als bestanden gelten und legen auch eine relative Bestehensgrenze (Satz 2 Nr. 2) fest. ²Sofern die Aufgabenstellerinnen bzw. Aufgabensteller keine Festlegung getroffen haben, gelten Prüfungen nach Abs. 3 Satz 1 als bestanden, wenn

1. die bzw. der zu Prüfende insgesamt mindestens 60 Prozent der gestellten Prüfungsfragen zutreffend beantwortet bzw. mindestens 60 Prozent der zu erzielenden Punkte der erzielbaren Höchstleistung erreicht hat oder
2. die bzw. der zu Prüfende insgesamt mindestens 50 Prozent der gestellten Prüfungsfragen zutreffend beantwortet bzw. mindestens 50 Prozent der zu erzielenden

Punkte der erzielbaren Höchstleistung erreicht hat und die Summe der von der bzw. dem zu Prüfenden zutreffend beantworteten Fragen bzw. erreichten Punkte um nicht mehr als 17 Prozent die durchschnittlichen Prüfungsleistungen der zu Prüfenden unterschreitet, die erstmals an der entsprechenden Prüfung teilgenommen haben.

³Die Referenzgruppe der Erstteilnehmerinnen bzw. Erstteilnehmer nach Satz 2 Nr. 2 muss aus mindestens 50 Personen bestehen; anderenfalls ist die relative Bestehensgrenze nicht anwendbar. ⁴Wird Satz 1 Nr. 2 angewendet, ist die Studiendekanin bzw. der Studiendekan zu unterrichten.

(5) Bei schriftlichen Prüfungen, die nur teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren abgenommen werden, gelten die Abs. 3 und 4 nur für diesen Teil.

(6) ¹Studierende, die wegen der Absolvierung eines Auslandsstudiums den regulären Termin oder den Wiederholungstermin einer schriftlichen Prüfung nicht wahrnehmen können, können beantragen, dass eine ersatzweise Prüfung in gleicher oder gemäß der zu prüfenden Kompetenzen adäquaten Form anberaumt wird, sofern der Wechsel der Prüfungsform mit dem Qualifikationsziel des Moduls vereinbar ist. ²Die Entscheidung trifft der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit der bzw. dem Prüfenden. ³Mit dem Antrag sind Nachweise über das beabsichtigte Auslandsstudium vorzulegen.

§ 22 Mündliche Prüfung

(1) ¹In den mündlichen Prüfungen sollen die Studierenden nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebiets erkennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen. ²Mündliche Prüfungen finden, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, in Anwesenheit einer Beisitzerin bzw. eines Beisitzers statt, die bzw. der von der bzw. dem Prüfenden bestellt wird.

(2) ¹Über die mündliche Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen, in das aufzunehmen sind: Ort und Zeit sowie Zeitdauer der Prüfung, Gegenstand und Ergebnis der Prüfung, die Namen der Prüfenden, der Beisitzerin bzw. des Beisitzers und der bzw. des Studierenden sowie besondere Vorkommnisse. ²Das Protokoll wird von der bzw. dem bzw. den Prüfenden und der Beisitzerin bzw. dem Beisitzer unterzeichnet. ³Die Wiedergabe von Prüfungsfragen und Antworten ist nicht erforderlich. ⁴Das Protokoll ist mindestens zwei Jahre aufzubewahren.

§ 23 Bewertung der Prüfungen, Notenstufen, Gesamtnote

(1) ¹Die Urteile über die einzelnen Prüfungen werden von der bzw. dem jeweiligen Prüfenden durch folgende Prädikate und Notenstufen ausgedrückt:

Prädikat	Notenstufe	Bemerkung
sehr gut	= (1,0 oder 1,3)	eine hervorragende Leistung;
gut	= (1,7 oder 2,0 oder 2,3)	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
befriedigend	= (2,7 oder 3,0 oder 3,3)	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
ausreichend	= (3,7 oder 4,0)	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen entspricht;
nicht ausreichend	= (4,3 oder 4,7 oder 5,0)	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

²Eine benotete Prüfung (§ 9 Abs. 3 Satz 4) ist bestanden, wenn sie mindestens mit dem Prädikat „ausreichend“ bewertet ist. ³Das Bewertungsverfahren soll in der Regel sechs Wochen nicht überschreiten. ⁴Eine Modulprüfung ist vorbehaltlich besonderer

Regelungen in der **Fachstudien- und Prüfungsordnung** bestanden, wenn sämtliche Teilleistungen (§ 9 Abs. 2 Satz 3) bestanden sind; Satz 2 bleibt unberührt.

(2) ¹Ist eine Prüfung von mehreren Prüfenden zu bewerten oder besteht sie aus mehreren Prüfungsteilen bzw. Teilleistungen, so ergibt sich die Note aus dem gewichteten Mittel der Einzelnoten; das Notenschema des Abs. 1 Satz 1 findet keine Anwendung. ²Satz 1 kann auch bei Prüfungen angewendet werden, die keine mehrteilige Prüfung im Sinne des § 9 Abs. 2 Satz 3 darstellen, jedoch gleichwohl aus mehreren Teilen bestehen (bspw. Klausur mit einer Kombination aus Antwort-Wahl-Verfahren und offenen Fragen); Näheres zur Bewertung regelt in diesem Fall die jeweilige **Fachprüfungsordnung**. ³Bei der Ermittlung der Note wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; alle anderen Stellen entfallen ohne Rundung. ⁴Wird in einem Modul nur eine benotete Prüfung abgehalten, bildet sie die Modulnote. ⁵Bei nicht benoteten Studienleistungen beschränkt sich die Bewertung des Moduls auf „bestanden“ oder „nicht bestanden“.

(3) ¹Der Bewertungsmaßstab von im Antwort-Wahl-Verfahren zu erbringenden Prüfungsleistungen ist von den Aufgabenstellerinnen bzw. Aufgabenstellern nach § 19 Abs. 5 Satz 7 festzulegen. ²Erfolgt keine Festlegung, sind die erbrachten Prüfungen wie folgt zu bewerten: ³Wer die für das Bestehen der Prüfung nach § 21 Abs. 4 Satz 1 erforderliche Mindestzahl zutreffend beantworteter Prüfungsfragen bzw. die Mindestzahl der zu erzielenden Punkte erreicht, erhält das Prädikat

- „sehr gut“, wenn mindestens 75 Prozent,
- „gut“, wenn mindestens 50, aber weniger als 75 Prozent,
- „befriedigend“, wenn mindestens 25, aber weniger als 50 Prozent,
- „ausreichend“, wenn keine oder weniger als 25 Prozent,

der darüber hinaus gestellten Prüfungsfragen bzw. die Mindestzahl der zu erzielenden Punkte zutreffend beantwortet bzw. erreicht wurden. ⁴Das Notenschema des Abs. 1 Satz 1 findet Anwendung; die Notenstufen 0,7, 4,3 und 4,7 sind dabei ausgeschlossen. ⁵Wer nicht die erforderliche Mindestpunktzahl erreicht, erhält die Notenstufe 5,0. ⁶Abweichend von Satz 3 können in den Fällen, in denen die Prüfung gemäß § 21 Abs. 5 teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren durchgeführt wird, neben der Notenstufe 5,0 auch die Notenstufen 4,3 und 4,7 festgesetzt werden.

(4) ¹Die Gesamtnote der Bachelorprüfung, der Masterprüfung und der Module sowie die Fachnoten lauten:

bei einem Durchschnitt bis 1,50 = sehr gut,
bei einem Durchschnitt über 1,50 bis 2,50 = gut,
bei einem Durchschnitt über 2,50 bis 3,50 = befriedigend,
bei einem Durchschnitt über 3,50 bis 4,00 = ausreichend,
über 4,0 = nicht ausreichend.

²Wer die Bachelor- bzw. Masterprüfung mit einer Gesamtnote von 1,00 bis 1,20 abschließt, erhält das Gesamturteil „mit Auszeichnung bestanden“.

(5) Das Bestehen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung richtet sich nach § 31.

(6) ¹In den Zwei-Fach-Bachelorstudiengängen gehen in die Gesamtnote der Bachelorprüfung die Fachnoten des Erst- und Zweitfaches mit dem Gewicht der ECTS-Punkte des Faches und die Note des Moduls Bachelorarbeit mit dem Gewicht der ECTS-Punkte des Moduls ein, soweit die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** nichts anderes vorsehen. ²In die Fachnote im Sinne des Satzes 1 gehen alle Modulnoten des

jeweiligen Fachs (Erst- bzw. Zweifach) mit dem Gewicht der ECTS-Punkte des jeweiligen Moduls ein, soweit die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** nichts anders vorsehen.

(7) ¹In die Gesamtnote der Ein-Fach-Bachelor- und der Masterstudiengänge gehen alle Modulnoten mit dem Gewicht der ECTS-Punkte des jeweiligen Moduls in die Endnote ein, sofern die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** nichts anderes regeln. ²Absatz 2 Sätze 3 und 4 gelten entsprechend.

(8) ¹Die **Fachstudien- und Prüfungsordnung** kann vorsehen, dass einzelne Modulprüfungen mit doppeltem oder halbem Gewicht in die Notenberechnung der Fachnote eingehen. ²Bei der Bildung der Fachnoten i. S. d. Abs. 6 können Kompensationsmöglichkeiten für mit der Note 4,3 nicht bestandene Teilprüfungen oder Studienleistungen vorgesehen werden.

§ 24 Ungültigkeit der Prüfung

(1) Wurde bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung der Urkunden bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betroffenen Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer (Teil-)Prüfung bzw. einem Prüfungsteil nicht erfüllt, ohne dass die Täuschung vorsätzlich erfolgte, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der (Teil-)Prüfung bzw. des Prüfungsteils geheilt.

(3) Vor einer Entscheidung ist der bzw. dem Studierenden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) ¹Die unrichtigen Urkunden werden eingezogen; es werden gegebenenfalls neue Urkunden ausgestellt. ²Eine Entscheidung nach Abs. 1 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Ausstellungsdatum der Urkunde ausgeschlossen.

§ 25 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Nach Abschluss des einzelnen Prüfungsverfahrens erhält die bzw. der Studierende auf Antrag Einsicht in ihre bzw. seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfenden und die Prüfungsprotokolle.

(2) ¹Der Antrag ist binnen eines Monats nach Notenbekanntgabe beim Prüfungsamt zu stellen. ²Wer ohne eigenes Verschulden verhindert war, diese Frist einzuhalten, kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Art. 32 **Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz** in der jeweils geltenden Fassung beantragen. ³Das Prüfungsamt bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 26 Zeugnis, Transcript of Records, Diploma Supplement, Grade distribution table, Urkunde

(1) Wer einen Studiengang nach dieser Studien- und Prüfungsordnung erfolgreich abgeschlossen hat, erhält möglichst innerhalb von vier Wochen ein Zeugnis, ein Diploma Supplement, ein Grade distribution table und ein Transcript of Records und eine Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades. ²Die Urkunden werden von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder deren bzw. dessen Stellvertreterin bzw. Stellvertreter unterzeichnet.

(2) ¹Das Zeugnis enthält die Module, Modul- und ggf. Fachnoten, Titel und Note der Abschlussarbeit, sofern vorgesehen die Note der dem Modul Bachelor- bzw. Masterarbeit zugeordneten mündlichen Prüfung bzw. des Vortrags und die Gesamtnote der Bachelor- bzw. Masterprüfung. ²Das Transcript of Records führt alle besuchten Module auf; das Zeugnis und das Transcript of Records können in einer Urkunde zusammengefasst werden. ³Das Diploma Supplement enthält weitere Angaben zur Qualifikation der Absolventin bzw. des Absolventen. ⁴Das Transcript of Records und das Diploma Supplement werden in englischer und deutscher Sprache ausgestellt. ⁵Informationen, die dem Prüfungsamt noch nicht vorliegen, müssen dort spätestens bis zum Zeitpunkt des Abschlusses des Studiengangs einschließlich entsprechender Nachweise vorgelegt werden; andernfalls können sie nicht mehr berücksichtigt werden.

(3) Die **Fachstudien- und Prüfungsordnung Literatur und Buch** kann von den Abs. 1 und 2 abweichende Regelungen vorsehen.

§ 27 Bescheinigung über die endgültig nicht bestandene Prüfung

¹Wer die Bachelor- bzw. Masterprüfung endgültig nicht bestanden hat, erhält einen mit Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid, aus dem sich das endgültige Nichtbestehen der Prüfung ergibt. ²Die bzw. der Studierende kann sich darüber hinaus im Prüfungsverwaltungssystem selbst eine Übersicht der in den einzelnen Modulen erzielten Noten ausdrucken.

§ 28 Nachteilsausgleich

(1) ¹Im Prüfungsverfahren ist auf Art und Schwere einer Behinderung Rücksicht zu nehmen. ²Wer durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft macht, wegen länger andauernder oder ständiger Behinderung, die nicht das abzuprüfende Leistungsbild betrifft, nicht in der Lage zu sein, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, hat Anspruch darauf, dass die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestattet, den Nachteil durch entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit oder eine andere Gestaltung des Prüfungsverfahrens auszugleichen, wobei auf den Nachweis von Kompetenzen, die zum Qualifikationsziel der abzulegenden Prüfung gehören, nicht verzichtet werden darf. ³Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Studierende in besonderen Lebenslagen, deren Auswirkungen auf die Prüfungsfähigkeit mit einer länger andauernden Krankheit oder Behinderung im Sinne des Satz 2 vergleichbar sind.

(2) Entsprechende, ihrer Situation angemessene Möglichkeiten sind Schwangeren zu eröffnen, wenn die betroffenen Studierenden bei dem Prüfungsausschuss spätestens vier Wochen vor dem Prüfungstermin einen entsprechenden Antrag stellen und eine ärztliche Bescheinigung darüber vorlegen, dass sie sich zum Prüfungstermin mindestens in der 30. Schwangerschaftswoche befinden werden.

(3) ¹Entscheidungen nach den Abs. 1 und 2 werden nur auf schriftlichen Antrag hin von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses nach Anhörung der bzw. des Beauftragten für behinderte und chronisch kranke Studierende getroffen. ²Zum Nachweis des Vorliegens der Voraussetzungen nach Abs. 1 kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes bzw. eines der jeweiligen besonderen Lebenslage entsprechenden anderen Nachweises verlangt werden. ³Anträge auf Nachteilsausgleich sind möglichst spätestens vier Wochen vor der Anmeldung zur Prüfung schriftlich an den Prüfungsausschuss zu stellen.

§ 29 Studienberatung

(1) Die zentrale Studienberatung der FAU (ZSB) berät in allgemeinen Studienangelegenheiten.

(2) Das Studien-Service-Center der Fakultät berät zum Studienaufbau und zur Studienplanung.

(3) ¹Die Fachstudienberatung wird in der Verantwortung der Departments und Studiengänge der am Bachelor- bzw. Masterstudium beteiligten Fakultäten durchgeführt. ²Für die Studienanfängerinnen und Studienanfänger werden Einführungsveranstaltungen abgehalten.

II. Teil: Bachelorprüfung

§ 30 Zulassungsvoraussetzungen für die Prüfungen

(1) ¹Wer im Bachelorstudiengang immatrikuliert ist, gilt als zugelassen zur Bachelorprüfung und den Prüfungen, aus denen die Bachelorprüfung besteht, es sei denn, die Zulassung ist zu versagen. ²Zu versagen ist die Zulassung, wenn

1. Nachweise über in der **Fachstudien- und Prüfungsordnung** vorgeschriebene Voraussetzungen endgültig nicht oder nicht fristgemäß erbracht werden,
2. bis spätestens zum Ende des vierten Semesters (Vollzeitstudium) bzw. achten Semesters (Teilzeitstudium) der Nachweis ausreichender Kenntnisse der englischen Sprache nach Abs. 2 nicht erbracht wurde; für Studierende, die die Hochschulzugangsberechtigung oder einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss in englischer Sprache erworben haben, ist kein Nachweis der englischen Sprachkenntnisse erforderlich,
3. bis spätestens zum Ende des vierten Semesters (Vollzeitstudium) bzw. achten Semesters (Teilzeitstudium) der Nachweis ausreichender Kenntnisse einer weiteren Fremdsprache nach Abs. 3 nicht erbracht wurde,
4. die Grundlagen- und Orientierungsprüfung im jeweiligen Fach oder einem Fach des Lehramtsstudiums an Gymnasien, das dem jeweiligen Fach im Studiengang nach dieser Studien- und Prüfungsordnung entspricht endgültig nicht bestanden ist oder als endgültig nicht bestanden gilt,
5. die Bachelorprüfung endgültig nicht bestanden ist,
6. die Magisterprüfung, die Diplomprüfung oder die Erste Staatsprüfung für ein Lehramt in einem Fach, das einem im Bachelorstudiengang gewählten Fach entspricht, endgültig nicht bestanden ist,
7. die Exmatrikulation unter Verlust des Prüfungsanspruchs verfügt wurde.

³In begründeten Ausnahmefällen kann die Frist nach Nrn. 2 und 3 auf Antrag verlängert werden. ⁴In Fällen des Satz 2 besteht gleichzeitig ein Immatrikulationshindernis.

(2) Der Nachweis nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 kann insbesondere erbracht werden durch:

1. Nachweis des schulischen Sprachunterrichts bis zur Niveaustufe B1 gemäß Gemeinsamem Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER) mit diesbezüglicher Zertifizierung im Zeugnis bzw. einer entsprechenden Bescheinigung der Schule,
2. Nachweis der erfolgreichen Teilnahme an Sprachkursen der Niveaustufe B1 des GER bzw. einer äquivalenten Sprachprüfung oder
3. Abschluss von mindestens „Level 0“ der Abteilung Englisch für alle Fakultäten (EASP) des Sprachenzentrums.

(3) ¹Als Fremdsprache im Sinne von Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 gilt eine andere Sprache als diejenige, in der die bzw. der Studierende die Hochschulzugangsberechtigung oder einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss erworben hat. ²Die **Fachstudien- und Prüfungsordnung** kann festlegen, welche weiteren Fremdsprachenkenntnisse außer Englisch nachgewiesen werden müssen, und für den Nachweis ein früheres als das in Abs. 1 Nr. 3 genannte Semester festlegen. ³Fremdsprachenkenntnisse werden insbesondere nachgewiesen durch:

1. den Nachweis nach Abs. 2 Nrn. 1 und 2,
2. für Lateinkenntnisse das Latinum bzw. Sprachkurse der FAU entsprechend den Anforderungen der **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** i. V. m. der Studien- und Prüfungsordnung für den Nachweis von Kenntnissen der lateinischen Sprache an der FAU – **StPOLatein** – vom 3. März 2017 in der jeweils geltenden Fassung.

⁴In den Fällen, in denen keine Sprachkurse gemäß Abs. 2 Nr. 2 stattfinden, tritt an die Stelle des Nachweises der erfolgreichen Teilnahme das Gutachten einer fachlich zuständigen Hochschullehrerin bzw. eines fachlich zuständigen Hochschullehrers.

(4) ¹Höchstens eine der nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und 3 i. V. m. Abs. 2 und 3 nachzuweisenden Fremdsprachen darf Gegenstand des Fachstudiums sein. ²Der Nachweis der Fremdsprachenkenntnisse ist dem Prüfungsamt vorzulegen.

§ 31 Grundlagen- und Orientierungsprüfung

(1) ¹In der Grundlagen- und Orientierungsprüfung sollen die Studierenden zeigen, dass sie

- den Anforderungen an ein wissenschaftliches Studium in dem bzw. den von ihnen gewählten Fach bzw. Fächern gewachsen sind
- insbesondere die methodischen Fertigkeiten erworben haben, die erforderlich sind, um das Studium mit Erfolg fortsetzen zu können.

²Das Einbringen von Modulen aus dem Bereich der Schlüsselqualifikationen ist ausgeschlossen.

(2) ¹Zum Bestehen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung in einem Ein-Fach-Bachelorstudiengang sind im Vollzeitstudium bis zum Ende des zweiten Semesters Module im Umfang von 40 ECTS-Punkten erfolgreich abzulegen. ²Näheres regelt die **Fachstudien- und Prüfungsordnung**, insbesondere kann sie konkrete Module im Umfang von bis zu 20 ECTS-Punkten festlegen, die zum Bestehen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung erfolgreich abgelegt sein müssen. ³Werden in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung 40 ECTS-Punkte nicht erreicht, so gilt die Grundlagen- und Orientierungsprüfung als nicht bestanden.

(3) ¹Zum Bestehen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung im Zwei-Fach-Bachelorstudiengang sind im Vollzeitstudium bis zum Ende des zweiten Semesters in jedem der gewählten Fächer Module im Umfang von 20 ECTS-Punkten erfolgreich abzulegen. ²Näheres regeln die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen**; insbesondere können sie konkrete Module im Umfang von bis zu 20 ECTS-Punkten pro Fach festlegen, die zum Bestehen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung erfolgreich abgelegt sein müssen. ³Werden in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung 40 ECTS-Punkte nicht erreicht, so gilt die Grundlagen- und Orientierungsprüfung in denjenigen Fächern als nicht bestanden, in denen die Voraussetzungen der **Fachstudien-**

und Prüfungsordnung nicht erfüllt oder nicht 20 ECTS-Punkte erworben worden sind.

(4) ¹Zum Bestehen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung in einem Ein-Fach-Bachelorstudiengang sind im Teilzeitstudium bis zum Ende des dritten Semesters Module im Umfang von 40 ECTS-Punkten erfolgreich abzulegen. ²Näheres regeln die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen**; insbesondere können sie konkrete Module im Umfang von bis zu 20 ECTS-Punkten festlegen, die zum Bestehen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung erfolgreich abgelegt sein müssen. ³Werden in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung 40 ECTS-Punkte nicht erreicht, so gilt die Grundlagen- und Orientierungsprüfung als nicht bestanden.

(5) ¹Im Zwei-Fach-Bachelorstudiengang sind zum Bestehen der Grundlagen- und Orientierungsprüfung im Teilzeitstudiengang pro studiertem Fach Module im Umfang von 20 ECTS-Punkten, mithin insgesamt im Umfang von 40 ECTS-Punkten, erfolgreich abzulegen. ²Gemäß dem Musterstudienverlauf der Teilzeitstudiengänge nach **Anlage 2** sind diese jeweils bis zum Ende des zweiten Semesters des jeweiligen Fachstudiums erfolgreich abzulegen; Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 2 gelten entsprechend. ³Werden in der Grundlagen- und Orientierungsprüfung 20 ECTS-Punkte pro Fach nicht oder nicht fristgemäß erreicht oder die gemäß **Fachstudien- und Prüfungsordnung** erforderlichen Module nicht abgelegt, so gilt die Grundlagen- und Orientierungsprüfung als nicht bestanden.

§ 32 Bachelorprüfung

(1) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn sämtliche in der **Fachstudien- und Prüfungsordnung** zugeordneten Fachmodule, die Module, in denen Schlüsselqualifikationen vermittelt werden und das Modul Bachelorarbeit im Umfang von insgesamt 180 ECTS-Punkten bestanden sind.

(2) ¹Im Zwei-Fach-Bachelorstudiengang sind im ersten Fach je nach gewählter Fächerkombination Module im Umfang von 90, 80 bzw. 70 ECTS-Punkten erfolgreich abzulegen. ²Welche Fächer als Erstfach wählbar sind, regelt **Anlage 3**.

(3) ¹Im Zweitfach sind Module im Umfang von 70 ECTS-Punkten erfolgreich abzulegen. ²Welche Fächer als Zweitfach wählbar sind, regelt **Anlage 3**.

(4) ¹Das Lehrangebot ist so aufeinander abgestimmt, dass die in **Anlage 3** empfohlenen Kombinationen im Pflichtbereich grundsätzlich überschneidungsfrei studiert werden können. ²Andere Kombinationen können nur nach einer diesbezüglichen Studienberatung studiert werden. ³Die Überschneidungsfreiheit kann in diesem Fall jedoch nicht garantiert werden, die Studierenden tragen selbst die Verantwortung für die Studierbarkeit der Kombination und die Einhaltung der Fristen des § 10. ⁴Der Nachweis einer Studienberatung ist bei der Immatrikulation vorzulegen.

§ 33 Bachelorarbeit

(1) ¹Die Bachelorarbeit soll nachweisen, dass die Studierenden im Stande sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Fragestellung aus ihrem gewählten Fach selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen. ²Die Arbeit soll in der Regel 40 Seiten Text umfassen das Modul wird mit 10 ECTS-Punkten gewertet; die **Fachstudien- und Prüfungsordnung Kulturgeographie** kann davon abweichende Regelungen treffen. ³Die Bachelorarbeit

kann aus einer Seminararbeit hervorgehen. ⁴Die jeweilige **Fachstudien- und Prüfungsordnung** kann für einzelne Fächer weitere Voraussetzungen vorsehen.

(2) ¹Zur Vergabe der Bachelorarbeit sind diejenigen hauptberuflichen und nebenberuflichen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer i. S. d. Art. 19 Abs. 1 **BayHIG** berechtigt, die mit mindestens 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit von vollbeschäftigtem Personal an der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie beschäftigt sind (Betreuerinnen und Betreuer); der Prüfungsausschuss kann im Einvernehmen mit der zu benennenden Betreuerin bzw. dem zu benennenden Betreuer und im Einvernehmen mit der bzw. dem Studiengangsverantwortlichen Ausnahmen gestatten. ²Die **Fachstudien- und Prüfungsordnung Kulturgeographie** kann von Satz 1 abweichende Regelungen treffen. ³Der Prüfungsausschuss kann auch die Anfertigung der Bachelorarbeit in einer Einrichtung außerhalb der Universität gestatten, wenn dort die Betreuung gesichert ist.

(3) ¹Sobald die Studierenden die Voraussetzungen erfüllen, in der Regel jedoch spätestens zu Beginn des letzten Semesters der Regelstudienzeit, sorgen sie dafür, dass sie ein Thema für die Bachelorarbeit erhalten. ²Gelingt es den Studierenden nicht, ein Thema zu erhalten, weist ihnen die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit einer Fachvertreterin bzw. einem Fachvertreter auf Antrag ein Thema und eine Betreuerin bzw. einen Betreuer zu. ³Thema und Tag der Ausgabe sind dem Prüfungsamt mitzuteilen.

(4) ¹Die Zeit von der Themenstellung bis zur Abgabe der Arbeit (Regelbearbeitungszeit) beträgt drei Monate; das Thema ist so zu stellen, dass es innerhalb der Frist bearbeitet werden kann. ²Abweichend von Satz 1 beträgt die Regelbearbeitungszeit im Teilzeitstudiengang sechs Monate. ³Die Arbeitszeit kann nur in begründeten Ausnahmefällen um maximal zwei Wochen (Vollzeitstudiengang) bzw. vier Wochen (Teilzeitstudiengang) verlängert werden. ⁴Weist die bzw. der Studierende durch ärztliches Attest nach, dass sie bzw. er durch Krankheit an der Bearbeitung gehindert war, ruht die Bearbeitungsfrist. ⁵Ruht die Bearbeitungszeit für einen längeren Zeitraum (mind. 3 Monate) i. S. d. Satz 4, so soll der Prüfungsausschuss einen krankheitsbedingten Abbruch der Bearbeitung prüfen mit der Folge, dass die Bachelorarbeit nach Wegfall der Krankheit mit einem neuen Thema neu anzumelden ist. ⁶Sätze 4 und 5 gelten entsprechend in Fällen, in denen die bzw. der Studierende aus schwerwiegenden, nicht in ihrer bzw. seiner Risikosphäre liegenden und nicht von ihr bzw. ihm zu vertretenden Gründen, an der Bearbeitung der Bachelorarbeit gehindert ist.

(5) ¹Das Thema der Bachelorarbeit kann auf Antrag und mit Zustimmung der Themenstellerin bzw. des Themenstellers während der Bearbeitungszeit modifiziert werden. ²Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten zwei Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. ³Ein neues Thema ist unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Wochen, zu stellen. ⁴Mit der Ausgabe des neuen Themas beginnt die vorgesehene Bearbeitungszeit erneut.

(6) ¹Die Arbeit wird, soweit in den **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** nichts Abweichendes festgelegt ist, in deutscher Sprache oder mit Zustimmung der Betreuerin bzw. des Betreuers in englischer Sprache abgefasst. ²Auf Antrag kann die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses mit Zustimmung der Betreuerin bzw. des Betreuers die Abfassung der Arbeit in einer anderen Sprache zulassen.

(7) ¹Die Arbeit ist in zwei schriftlichen Exemplaren sowie in maschinenlesbarer, elektronischer Fassung (PDF-Dokument auf Speichermedium) einzureichen. ²Dies kann durch Einwurf in den entsprechenden Briefkasten des Prüfungsamtes oder durch persönliche Abgabe beim Prüfungsamt während der Öffnungszeiten oder durch Übersendung der Arbeit an das Prüfungsamt auf dem Postweg geschehen. ³In den beiden erstgenannten Fällen muss die Arbeit spätestens am letzten Tag der Bearbeitungsfrist vorliegen; bei Übersendung auf dem Postweg ist das Datum des Poststempels des Einlieferungsbelegs maßgeblich. ⁴Das Prüfungsamt teilt der Betreuerin bzw. dem Betreuer unverzüglich das Datum der Abgabe mit und leitet dieser bzw. diesem die Arbeit zu. ⁵Die Arbeit muss mit einer Erklärung versehen sein, dass die bzw. der Studierende sie selbst verfasst hat und keine anderen als die darin angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat; es gilt § 17 Abs 2 Satz 2. ⁶Wird die Arbeit nicht fristgerecht abgegeben, so wird sie mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; sie gilt als abgelehnt.

(8) ¹Die Bachelorarbeit wird von der Betreuerin bzw. dem Betreuer beurteilt; über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss. ²Der jeweilige Studiengang kann durch den Prüfungsausschuss eine regelhafte Beurteilung durch eine weitere Gutachterin bzw. einen weiteren Gutachter bestimmen lassen. ³Nicht bestandene Arbeiten werden immer von einer zweiten Gutachterin bzw. einem zweiten Gutachter beurteilt. ⁴Die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses wirkt darauf hin, dass die Arbeit spätestens innerhalb von sechs Wochen begutachtet ist. ⁵Die Arbeit ist angenommen, wenn sie mit wenigstens „ausreichend“ beurteilt ist. ⁶Sie ist abgelehnt, wenn sie mit „nicht ausreichend“ bewertet ist. ⁷Ist durch das Fach eine weitere Gutachterin bzw. ein weiterer Gutachter bestimmt worden, so ist die Arbeit angenommen, wenn sie in beiden Gutachten mit wenigstens „ausreichend“ beurteilt ist. ⁸Sie ist abgelehnt, wenn sie in beiden Gutachten mit „nicht ausreichend“ bewertet ist.

(9) ¹Weichen im Falle von zwei Gutachten die Bewertungen um maximal vier Notenstufen voneinander ab, so ist die Note der Arbeit das arithmetische Mittel der Noten beider Gutachten. ²Weichen im Falle von zwei Gutachten die Bewertungen um mehr als vier Notenstufen voneinander ab oder bewertet ein Gutachten die Arbeit mit „nicht ausreichend“, bestellt die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses eine Drittgutachterin bzw. einen Drittgutachter. ³In Fällen des Satzes 2 wird die Note der Arbeit aus dem arithmetischen Mittel der drei Gutachten gebildet. ⁴In Fällen des Satzes 1 und 3 findet das Notenschema des § 23 Abs. 1 Satz 1 keine Anwendung und es wird nur die erste Dezimalstelle nach dem Komma berücksichtigt.

(10) ¹Ist die Arbeit abgelehnt oder gilt sie als abgelehnt, so kann sie einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. ²Die bzw. der Studierende sorgt dafür, dass sie bzw. er innerhalb von zwei Monaten nach der Bekanntgabe der Ablehnung ein neues Thema für die Wiederholung der Arbeit erhält, anderenfalls gilt die Arbeit als endgültig nicht bestanden. ³Für die Wiederholung gelten die Abs. 1 und 2, Abs. 3 Sätze 2 und 3 sowie Abs. 4 bis 9 entsprechend.

§ 34 Bereich Schlüsselqualifikationen

(1) Im Bereich Schlüsselqualifikationen sind in den Bachelorstudiengängen auf Praxiskompetenzen abzielende Module im Umfang von maximal 30 ECTS-Punkten erfolgreich abzuschließen.

(2) ¹Zu den Schlüsselqualifikationen zählen

- Module aus anderen als den gewählten Studiengängen,

- Module aus den gewählten Studiengängen, soweit sie Schlüsselqualifikationen vermitteln, sowie
- Angebote zentraler Einrichtungen, die besondere Kompetenzen vermitteln bzw. geeignet sind, das Ausbildungsprogramm in spezifischer Weise zu erweitern.

²Darüber hinaus können

- Praktika (bei Betrieben oder Institutionen, die über Praktikantenstellen verfügen),
- Exkursionen

eingebraucht werden, wenn Schlüsselqualifikationen nach Satz 1 im Umfang von mindestens 10 ECTS-Punkten oder Schlüsselqualifikationen gemäß Abs. 3 nachgewiesen werden. ³Bei Praktika i. S. d. Satz 2 wird für die ECTS-Punkte-Umrechnung von einer 40-Stunden-Arbeitswoche ausgegangen; als Nachweis sind ein Praktikumszeugnis des Arbeitgebers sowie ein detaillierter Praktikumsbericht, der mindestens Angaben über die Dauer (einschließlich Wochenarbeitsstunden) sowie Art und Umfang der erbrachten Tätigkeit enthält, vorzulegen. ⁴Nach Rücksprache mit der bzw. dem jeweils zuständigen Prüfungsbeauftragten können auch entsprechende, frei gewählte Module als Module im Sinne des Satzes 1 anerkannt werden. ⁵Wegen des erforderlichen fachspezifischen Kompetenzgewinns, welcher sich aus der jeweiligen Modulbeschreibung im Kontext des Qualifikationsziels des Bachelorstudiengangs ergibt, können Module, die bereits im Rahmen des Fachstudiums in die Gesamtnote der Bachelorprüfung eingehen, nicht zusätzlich im Bereich der Schlüsselqualifikationen eingebracht werden.

(3) ¹Werden Kompetenzen im Ausland erworben, so ist damit immer ein berufsqualifizierendes Merkmal verbunden; der damit verbundene Mehraufwand kann deshalb pauschal mit 5 ECTS-Punkten anerkannt werden. ²Die Übernahme von Tutorien kann einmalig mit bis zu 5 ECTS-Punkten gewertet werden, da damit ebenfalls ein berufsqualifizierendes Merkmal verbunden ist. ³Abweichend von Satz 1 können im Ein-Fach-Bachelorstudiengang Literatur und Buch wegen des in diesem Studiengang verpflichtend vorgesehenen Auslandsaufenthalts nicht pauschal 5 ECTS-Punkte für den Erwerb von Kompetenzen im Ausland anerkannt werden.

(4) Im Erstfach können die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** die Auswahl im Bereich Schlüsselqualifikationen einschränken oder bestimmte Module verpflichtend vorschreiben, wobei der Umfang der verpflichtend vorgeschriebenen Module 10 ECTS-Punkte nicht überschreiten darf.

§ 35 Wiederholung von Prüfungen, Modulwechsel, Zusatzmodule

(1) ¹Mit Ausnahme der Prüfungen der Module der Grundlagen- und Orientierungsprüfung, der Prüfungen von Praktika, Geländeseminaren und Exkursionen sowie des Moduls Bachelorarbeit kann jede nicht bestandene Modulprüfung oder Modulteilprüfung dreimal wiederholt werden. ²Prüfungen der Module der Grundlagen- und Orientierungsprüfung sowie des Moduls Bachelorarbeit können einmal wiederholt werden. ³Prüfungen von Praktika, Geländeseminaren und Exkursionen können zweimal wiederholt werden, sofern im Falle der Wiederholung abweichend von Satz 5 auch das Praktikum, das Geländeseminar oder die Exkursion wiederholt werden muss. ⁴Die Wiederholung ist auf die nicht bestandene Prüfungs- oder Studienleistung beschränkt, ⁵Bei anwesenheitspflichtigen Modulen besteht eine Pflicht zum erneuten Besuch der Lehrveranstaltung nur dann, wenn die erneute Anwesenheit der bzw. des Studierenden aufgrund des didaktischen Charakters der Lehrveranstaltung bzw. der Prüfung für den Kompetenzerwerb der Studierenden erforderlich ist; Näheres regelt das Modulhandbuch. ⁶Hinsichtlich der Wiederholung der Bachelorarbeit gilt § 33 Abs. 10. ⁷Die

Wiederholungsprüfungen müssen in der Regel spätestens innerhalb von sechs Monaten angeboten werden. ⁸Sie sind so durchzuführen, dass bei erfolgreicher Teilnahme das fortlaufende Studium gewährleistet ist. ⁹Soweit eine Wiederholung in der Frist des Satz 7 nicht angeboten wird, wird ein anderes Modul angegeben, in dem die Wiederholung ersatzweise stattfindet.

(2) ¹Die bzw. der Studierende meldet sich vorbehaltlich der Regelung in Satz 2 eigenständig zur Wiederholungsprüfung. ²Abweichend von Satz 1 melden sich die Studierenden im Falle von Praktika, Geländeseminaren und Exkursionen, bei denen nach Abs. 1 Satz 5 eine Wiederholung des Praktikums, des Geländeseminars oder der Exkursion erforderlich ist, eigenständig in einem von ihnen gewählten Semester für die Wiederholung des Praktikums, des Geländeseminars bzw. der Exkursion an; es gilt § 13 Abs. 2 Satz 4.

(3) Ein Rücktritt von Wiederholungsprüfungen ist nach Maßgabe des § 13 Abs. 3 möglich, wobei die Einschränkung des § 13 Abs. 3 Satz 2 nur für Module im Sinne des Abs. 2 Satz 2 gilt.

(4) ¹Die bzw. der Studierende ist verpflichtet, den Status der Anmeldung im Prüfungsverwaltungssystem regelmäßig zu überprüfen und etwaige Unstimmigkeiten unverzüglich dem Prüfungsamt mitzuteilen. ²Die Pflicht zur Wiederholung bleibt auch im Falle von Exmatrikulation und Beurlaubung bestehen. ³Bei Versäumung der Wiederholung gilt die Prüfung als nicht bestanden, sofern der Prüfungsausschuss der bzw. dem Studierenden nicht wegen besonderer, nicht selbst zu vertretender Gründe eine Ausnahme gewährt. ⁴Die Regeln über Mutterschutz, Eltern- und Pflegezeit (§ 11 Abs. 2) finden entsprechende Anwendung.

(5) ¹Die freiwillige Wiederholung eines bestandenen Leistungsnachweises desselben Moduls ist nicht zulässig. ²Im Rahmen der Prüfungsfristen nach § 11 können jedoch zusätzlich zu erfolgreich absolvierten Modulen oder statt nicht bestandener Module andere, alternativ angebotene Module besucht und abgeschlossen werden; die Fehlversuche im vorangegangenen, alternativ angebotenen Modul werden angerechnet sofern die **Fachstudien- und Prüfungsordnung** nichts anderes vorsieht. ³Satz 2 Halbsatz 2 gilt nicht für Schlüsselqualifikationsmodule i. S. d. § 34.

(6) ¹Besteht die bzw. der Studierende zusätzliche Module, legt sie bzw. er selbst fest, welche der Leistungen in die Notenberechnung eingebracht werden soll. ²Die getroffene Wahl ist dem Prüfungsamt bis spätestens vier Wochen vor Erteilung des Abschlusszeugnisses zu erklären. ³Die Auswahl wird damit bindend. ⁴Wird keine Wahl getroffen, rechnet das Prüfungsamt die bessere Leistung an. ⁵Die nicht berücksichtigten Leistungen gehen nicht in die Note ein; sie werden aber im Umfang von bis zu maximal 30 ECTS-Punkten im Transcript of Records ausgewiesen.

(7) ¹Zusatzmodule sind ebenfalls Module anderer Studiengänge, die als Teilqualifikationen für diesen Studiengang angeboten werden. ²Hinsichtlich der Prüfungsmodalitäten gelten die Regelungen der **(Fach-)Studien- und Prüfungsordnung** des Studiengangs, aus dem das Zusatzmodul stammt. ³Zusatzmodule nach Satz 1 gehen nicht in die Abschlussnote ein; sie werden in einem gesonderten Abschnitt im Transcript of Records ausgewiesen. ⁴Auf Antrag der bzw. des Studierenden beim Prüfungsamt können bis spätestens acht Wochen vor Zeugnisausstellung einzelne Zusatzmodule davon ausgenommen werden.

III. Teil: Masterprüfung

§ 36 Qualifikation zum Masterstudium

(1) Die Qualifikation zum Masterstudium wird nachgewiesen durch:

1. einen ersten berufsqualifizierenden in Bezug auf den jeweiligen Masterstudiengang fachspezifischen (mindestens 70 ECTS-Punkte im fachspezifischen Bereich) oder fachverwandten bzw. einschlägigen Abschluss einer Hochschule bzw. einen sonstigen gleichwertigen im Hinblick auf die Qualifikation nicht wesentlich unterschiedlichen in- oder ausländischen Abschluss; die jeweiligen **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** der Masterstudiengänge regeln die fachspezifischen, fachverwandten bzw. einschlägigen Abschlüsse nach Halbsatz 1 und legen fest, ob auch Abschlüsse anderer Fachrichtungen zuzulassen sind. Bewerberinnen und Bewerber mit Abschlüssen in anderen Fachrichtungen können zugelassen werden, soweit der jeweilige Masterstudiengang den ersten berufsqualifizierenden Abschluss fachübergreifend erweitert.
2. das Bestehen des Qualifikationsfeststellungsverfahrens gemäß der **Anlage 1**.

(2) ¹Die Abschlüsse nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 dürfen hinsichtlich der Qualifikation keine wesentlichen Unterschiede zu der fachspezifischen Bachelorprüfung nach dieser Studien- und Prüfungsordnung einschließlich der jeweiligen **Fachstudien- und Prüfungsordnung** aufweisen. ²Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn im entsprechenden (Teil-)Studiengang mindestens 70 ECTS-Punkte im fachspezifischen Bereich erworben wurden. ³Sind ausgleichsfähige Unterschiede gegeben, kann die Zugangskommission den Zugang unter der Bedingung aussprechen, dass zusätzliche von der Zugangskommission festzulegende Leistungen im Umfang von bis zu maximal 20 ECTS-Punkten spätestens innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Masterstudiums nachzuweisen sind. ⁴Für die Feststellung der Anerkennungsfähigkeit von in- und ausländischen Abschlüssen gilt Art. 86 **BayHIG**.

(3) ¹Bewerberinnen bzw. Bewerber nach Abs. 1 sollen zu den 50 v. H. Besten ihres Abschlussjahrganges zählen oder den entsprechenden Studiengang mit der Gesamtnote wenigstens 2,50 (= gut) abgeschlossen haben. ²Bei Abschlüssen, die ein abweichendes Notensystem ausweisen, gelten § 16 Abs. 3 Sätze 1 bis 3 entsprechend.

(4) ¹Abweichend von Abs. 1 Nr. 1 können Studierende, die in einem Bachelorstudium immatrikuliert sind, zum Masterstudium zugelassen werden, wenn sie mindestens 140 ECTS-Punkte erreicht haben. ²Der Nachweis über den bestandenen Bachelorabschluss ist spätestens innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Masterstudiums, nachzureichen, die förmliche Aufnahme des Masterstudiums setzt den Abschluss des Bachelorstudiums voraus. ³Der Zugang zum Masterstudium erfolgt unter Vorbehalt; im Falle des nicht rechtzeitigen Nachweises erfolgt die Exmatrikulation.

(5) Die Qualifikationsfeststellungsverfahren der Masterstudiengänge „Development Economics and International Studies“ und „Standards of Decision-Making Across Cultures“ können in der einschlägigen **Fachstudien- und Prüfungsordnung** abweichende Regelungen von den Abs. 1 bis 4 sowie der **Anlage 1** vorsehen; im Übrigen gelten die Bestimmungen in Abs. 1 bis 4 und der **Anlage 1**.

§ 37 Zulassung zu den Prüfungen

¹Wer im Masterstudium immatrikuliert ist, gilt als zugelassen zur Masterprüfung und den Modulprüfungen, aus denen die Masterprüfung besteht, es sei denn, die Zulassung ist zu versagen. ²Bestehen Wahlmöglichkeiten zwischen den für die Masterprüfung nachzuweisenden Modulen, werden die Studierenden jeweils nur für ein Modul zugelassen, das sie durch Anmeldung zur Prüfung bindend wählen. ³Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. in den **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** vorgeschriebene Voraussetzungen und Nachweise endgültig nicht oder nicht fristgemäß erfüllt werden,
2. die Diplom-, Magister- oder Masterprüfung in einem im Wesentlichen gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden ist; die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** regeln, welche Studiengänge als im Wesentlichen gleich gelten, oder
3. die Exmatrikulation unter Verlust des Prüfungsanspruchs verfügt wurde.

§ 38 Masterprüfung

(1) ¹Die Masterprüfung besteht aus den studienbegleitend zu erbringenden Prüfungen einschließlich des Moduls Masterarbeit. ²Die Masterprüfung ist bestanden, wenn sämtliche studienbegleitend zu erbringenden Modulprüfungen und das Modul Masterarbeit bestanden sind.

(2) Gegenstände, Art und Umfang der Masterprüfung werden in der **Fachstudien- und Prüfungsordnung** geregelt.

§ 39 Masterarbeit

(1) ¹Die Masterarbeit soll nachweisen, dass die Studierenden im Stande sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Fragestellung aus ihrem gewählten Fach selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen. ²Das Modul Masterarbeit wird mit 30 ECTS-Punkten gewertet. ³Die Masterarbeit kann aus einer Seminararbeit hervorgehen. ⁴Näheres zum Umfang der Masterarbeit regeln die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen**.

(2) Die jeweilige **Fachstudien- und Prüfungsordnung** kann für einzelne Studiengänge weitere Voraussetzungen für die Vergabe des Themas vorsehen.

(3) ¹Die Zeit von der Themenstellung bis zur Abgabe der Arbeit (Regelbearbeitungszeit) beträgt sechs Monate; das Thema ist so zu stellen, dass es innerhalb der Frist bearbeitet werden kann. ²Abweichend von Satz 1 beträgt die Regelbearbeitungszeit im Teilzeitstudiengang zwölf Monate. ³Die Arbeitszeit kann nur in begründeten Ausnahmefällen um maximal zwei Monate (Vollzeitstudiengang) bzw. vier Monate (Teilzeitstudiengang) verlängert werden.

(4) Die Masterarbeit wird von der Betreuerin bzw. dem Betreuer und von einer weiteren Gutachterin bzw. einem weiteren Gutachter, die bzw. der von der Betreuerin bzw. dem Betreuer vorgeschlagen wird, beurteilt; der Prüfungsausschuss kann Ausnahmen gestatten.

(5) ¹§ 33 Abs. 2, 3, 4, Abs. 5, 6, 7 und Abs. 8 Sätze 3 bis 7 sowie Abs. 9 und 10 gelten entsprechend. ²§ 33 Abs. 4 bis 6 gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass der Prüfungsausschuss den Abbruch der Bearbeitung der Masterarbeit prüfen soll, wenn die Bearbeitung zuvor mindestens 6 Monate geruht hat.

§ 40 Wiederholung von Prüfungen, Modulwechsel, Zusatzmodule

¹Die nicht bestandenenen Prüfungen des Masterstudiums können dreimal und die Masterarbeit einmal wiederholt werden; die Wiederholung ist auf die nicht bestandenenen Teilprüfungen bzw. Prüfungsteile beschränkt. ²§ 35 Abs. 1 Sätze 2 bis 8 sowie Abs. 2 bis 5 und 7 gelten entsprechend. ³§ 35 Abs. 6 Satz 5 Halbsatz 2 gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass der Umfang der Möglichkeit der Ausweisung von Zusatzmodulen im Transcript of Records auf maximal 20 ECTS-Punkte beschränkt ist.

IV. Teil: Schlussvorschriften

§ 41 Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

(1) ¹Diese Studien- und Prüfungsordnung tritt am 1. Oktober 2024 in Kraft. ²Sie gilt für Studierende, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens bereits nach der bisher gültigen Allgemeinen Studien- und Prüfungsordnung für die Bachelor- und Masterstudiengänge der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) – ABMStPO/Phil – vom 27. September 2007, zuletzt geändert durch Satzung vom 22. August 2023, studieren sowie diejenigen, die das Studium in den in § 1 Abs. 1 genannten Studiengängen ab dem Wintersemester 2024/2025 aufnehmen werden. ³Die Änderungen in § 13 Abs. 2 und 3 und § 35 Abs. 1 und 2 finden Anwendung auf alle Prüfungen, die dem Prüfungszeitraum Wintersemester 2024/2025 und später zugeordnet sind. ⁴Für Prüfungen, die früheren Prüfungszeiträumen zugeordnet sind, finden die Regelungen in der Allgemeinen Studien- und Prüfungsordnung für die Bachelor- und Masterstudiengänge der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) – ABMStPO/Phil – vom 27. September 2007 in der Fassung vom 22. August 2023 Anwendung.

(2) ¹Gleichzeitig tritt die Allgemeine Studien- und Prüfungsordnung für die Bachelor- und Masterstudiengänge der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) – ABMStPO/Phil – vom 27. September 2007, zuletzt geändert durch Satzung vom 22. August 2023, außer Kraft. ²Die die in Satz 1 genannte Satzung ergänzenden Fachstudien- und Prüfungsordnungen unterfallen ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Studien- und Prüfungsordnung.

(3) ¹Die erste Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 1. Oktober 2024 in Kraft. ²Sie findet Anwendung auf Prüfungen, die dem Prüfungszeitraum Wintersemester 2024/2025 und später zugeordnet sind.

Anlage 1:

Qualifikationsfeststellungsverfahren für das Masterstudium an der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie an der FAU

Soweit die jeweilige **Fachstudien- und Prüfungsordnung** nichts Abweichendes regelt, findet das Qualifikationsfeststellungsverfahren der Masterstudiengänge der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie nach den nachfolgenden Regelungen statt:

(1) Das Verfahren zur Feststellung der Qualifikation wird bei Bedarf, mindestens jedoch einmal pro Jahr für den jeweiligen Masterstudiengang vor Beginn der allgemeinen Vorlesungszeit zum Wintersemester durchgeführt.

(2) ¹Der Antrag auf Zugang zum Qualifikationsfeststellungsverfahren ist in einem auf der Homepage des jeweiligen Studiengangs bekannt gegebenen Zeitraum gemäß Satz 2 bzw. 3 über das Bewerbungsportal der FAU zu stellen. ²Sofern der jeweilige Masterstudiengang eine Bewerbung zum Sommersemester ermöglicht, so ist eine Bewerbung entweder im Zeitraum vom 15. September bis 30. November eines jeden Jahres oder vom 15. Oktober eines jeden Jahres bis zum 15. Januar des darauffolgenden Jahres möglich. ³Bewerbungen zum Wintersemester sind entweder in der Zeit vom 15. Februar bis zum 31. Mai eines jeden Jahres oder vom 15. April bis zum 15. Juli eines jeden Jahres möglich. ⁴Die in Sätzen 2 und 3 genannten Start- und Endzeitpunkte für die Bewerbungsphase können auch anderweitig untereinander kombiniert werden; davon abweichende Start- und Endzeitpunkte können nur im Rahmen des Satz 5 gewählt werden. ⁵Die **Fachstudien- und Prüfungsordnungen** der einzelnen Masterstudiengänge können in begründeten Ausnahmefällen von Sätzen 2 und 3 abweichende Fristen festlegen. ⁶Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein Nachweis über einen Abschluss gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 1 (Zeugnis, Transcript of Records, Diploma Supplement oder vergleichbare Dokumente) bzw. ein Transcript of Records oder eine Notenbescheinigung über die besten 140 ECTS-Punkte im Falle des § 36 Abs. 4
2. gegebenenfalls weitere Nachweise gemäß der jeweiligen **Fachstudien- und Prüfungsordnung**.

(3) ¹Die Feststellung der Qualifikation obliegt gemäß § 15 der Zugangskommission des jeweiligen Masterstudiengangs. ²Die Zugangskommission kann die Koordination und Durchführung des Verfahrens einzelnen von ihr beauftragten Mitgliedern übertragen, soweit nichts anderes bestimmt ist. ³Die Zugangskommission kann zudem zusätzliche Prüfende, die im jeweiligen Studiengang prüfungsberechtigt sind, für die Durchführung der Auswahlgespräche nach Abs. 5 bestellen.

(4) ¹Der Zugang zum Qualifikationsfeststellungsverfahren setzt voraus, dass die in Abs. 2 genannten Unterlagen fristgerecht und vollständig vorliegen. ²Mit den Bewerberinnen und Bewerbern, die die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, wird das Qualifikationsfeststellungsverfahren gemäß Abs. 5 durchgeführt. ³Bewerberinnen und Bewerber, die nicht zugelassen werden, erhalten einen mit Gründen und Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Ablehnungsbescheid.

(5) ¹Die jeweilige Zugangskommission beurteilt im Rahmen des Qualifikationsfeststellungsverfahrens in einer Vorauswahl anhand der schriftlichen Unterlagen, ob eine Be-

werberin bzw. ein Bewerber die Eignung zum Masterstudium besitzt. ²Die Zugangskommission stellt anhand der schriftlichen Unterlagen die Qualifikation fest, wenn als Gesamtnote des fachspezifischen bzw. des Abschlusses gemäß § 36 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 1. und 2. Halbsatz und Abs. 2 Satz 3 bzw. im Falle des § 36 Abs. 4 als Durchschnitt der bisherigen Leistungen 2,50 (= „gut“) oder besser bescheinigt worden ist; bei Abschlüssen, die ein abweichendes Notensystem ausweisen, gelten § 16 Abs. 3 Sätze 1 bis 3 entsprechend. ³Die Bewerberin bzw. der Bewerber deren bzw. dessen Abschluss bzw. Durchschnitt der bisherigen Leistungen keine Gesamtnote von 2,50 (= „gut“) oder besser aufweist, erhält je nach Festlegung der jeweiligen **Fachstudien- und Prüfungsordnung** einen mit Gründen versehenen Ablehnungsbescheid oder eine Einladung zu einem Auswahlgespräch; die jeweilige **Fachstudien- und Prüfungsordnung** kann eine Notengrenze für die Aufnahme ins Masterstudium bzw. die Einladung zum Auswahlgespräch vorsehen oder von diesem absehen. ⁴Die jeweilige **Fachstudien- und Prüfungsordnung** kann regeln, dass Bewerberinnen und Bewerber mit einem fachverwandten Abschluss bzw. einem solchen mit ausgleichsfähigen Unterschieden ebenfalls nur aufgrund eines Auswahlgesprächs in den Masterstudiengang aufgenommen werden. ⁵Der Termin des Auswahlgesprächs wird mindestens eine Woche vorher bekannt gegeben. ⁶Ist die Bewerberin bzw. der Bewerber aus von ihr bzw. ihm nicht zu vertretenden Gründen an der Teilnahme verhindert, so kann auf begründeten Antrag ein Nachtermin bis spätestens zwei Wochen vor Vorlesungsbeginn anberaumt werden. ⁷Das Auswahlgespräch ist für jede Bewerberin bzw. jeden Bewerber einzeln durchzuführen und dauert ca. 15 Minuten. ⁸Das Auswahlgespräch kann mit Zustimmung der Bewerberin bzw. des Bewerbers auch bildtelefonisch durchgeführt werden. ⁹Es wird von zwei Prüfenden, darunter mindestens ein Mitglied der Zugangskommission, durchgeführt. ¹⁰Bei Bedarf können die Prüfenden Beisitzerinnen bzw. Beisitzer zum Gespräch hinzuziehen. ¹¹Die Prüfenden nach Satz 9 geben der Zugangskommission gegenüber eine Empfehlung über das Bestehen bzw. Nichtbestehen des Auswahlgesprächs ab. ¹²Die Zugangskommission entscheidet auf Basis der Empfehlung nach Satz 11 über das Bestehen bzw. Nichtbestehen des Qualifikationsfeststellungsgesprächs. ¹³Im Falle des Bestehens entscheidet die Zugangskommission darüber, ob der Zugang mit Auflagen gemäß § 36 Abs. 2 Satz 3 verbunden wird. ¹⁴Im Falle des Nichtbestehens gilt die Bewerberin bzw. der Bewerber als nicht geeignet und wird nicht in den Masterstudiengang aufgenommen. ¹⁵Über die erste Stufe sowie das Auswahlgespräch ist jeweils eine Niederschrift zu fertigen; § 22 Abs. 2 gilt entsprechend. ¹⁶Das Ergebnis des Qualifikationsfeststellungsverfahrens wird der Bewerberin bzw. dem Bewerber schriftlich mitgeteilt. ¹⁷Ein Ablehnungsbescheid ist mit einer Begründung und einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(6) Für den Nachteilsausgleich gilt § 28.

(7) Die Bewerberin bzw. der Bewerber trägt die eigenen Kosten des Qualifikationsfeststellungsverfahrens selbst.

(8) ¹Bewerberinnen bzw. Bewerber, die den Nachweis der Eignung für das Masterstudium nicht erbracht haben, können auf Basis der bereits bei der ersten Bewerbung eingereichten Unterlagen einmal erneut die Teilnahme am Qualifikationsfeststellungsverfahren beantragen. ²Die erneute Teilnahme in Folgeterminen auf Basis weiterer Unterlagen ist immer möglich.

(9) Die Bestätigung über das bestandene Qualifikationsfeststellungsverfahren hat unbeschränkte Gültigkeit, sofern sich der jeweilige Masterstudiengang nicht wesentlich geändert hat.

**Anlage 2:
Ablaufschema des Teilzeitstudiengangs im Zwei-Fach-Bachelorstudium**

<i>Studiensemester</i>	<i>Fach 1</i>		<i>Fach 2</i>	
1.	Vollzeitstudium			
2.	Vollzeitstudium: GOP			
3.	Vollzeitstudium			
4.	Vollzeitstudium			
5.			Vollzeitstudium	
6.			Vollzeitstudium: GOP	
7.			Vollzeitstudium	
8.			Vollzeitstudium	
9.		Teilzeitstudium	Teilzeitstudium	
10.		Teilzeitstudium	Teilzeitstudium	
11.		Teilzeitstudium		
12.		Teilzeitstudium; Bachelorarbeit		

Anlage 3:

		Erstfach																										
		Archäologische Wissenschaften	Buchwissenschaft	Computerlinguistik	Digitale Geistes- und Sozialwissenschaften	English and American Studies	Frankromanistik	Germanistik	Geschichte	Griechische Philologie	Iberoromanistik	Indogermanistik und Indoiranistik	Italomomanistik	Japanologie	Kulturgeographie	Kulturgeschichte des Christentums	Kunstgeschichte	Lateinische Philologie	Mittelaltin und Neulatein	Ökonomie	Orientalistik	Pädagogik	Philosophie	Politikwissenschaft	Sinologie	Skandinavistik	Soziologie	Theater- und Medienwissenschaft
Zweifach	Archäologische Wissenschaften	■		■	■								■		■	■												■
	Buchwissenschaft		■	■	■						■				■						■	■			■			
	Computerlinguistik	■	■	■	■		■																					
	Digitale Geistes- und Sozialwissenschaften		■	■	■		■																					
	English and American Studies					■																						
	Frankromanistik			■	■		■								■												■	
	Germanistik			■	■			■																				
	Geschichte			■	■			■																				
	Griechische Philologie			■	■				■																			
	Iberoromanistik			■	■					■																		
	Indogermanistik und Indoiranistik			■	■						■																	
	Islamisch-Religiöse Studien	■		■	■																	■						■
	Italomomanistik	■		■	■								■															■
	Japanologie			■	■									■														
	Kulturgeographie	■	■	■	■		■							■	■													■
	Kulturgeschichte des Christentums	■	■	■	■											■												
	Kunstgeschichte			■	■												■											■
	Lateinische Philologie			■	■													■							■		■	
	Mittelaltin und Neulatein			■	■																							■
	Öffentliches Recht	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
Ökonomie			■	■																								
Orientalistik			■	■																								
Pädagogik			■	■																								
Philosophie			■	■																								
Politikwissenschaft			■	■																								
Sinologie			■	■																								
Skandinavistik			■	■																								
Soziologie			■	■																								
Theater- und Medienwissenschaft	■		■	■																							■	

Das Lehrangebot dieser Kombination ist so aufeinander abgestimmt, dass die Fächer in der Regel überschneidungsfrei miteinander kombiniert werden können. Diese Kombination kann nur nach einer diesbezüglichen Studienberatung studiert werden. Die Überschneidungsfreiheit kann jedoch nicht garantiert werden. Die Studierenden tragen selbst die Verantwortung für die Studierbarkeit der Kombination und die Einhaltung der Fristen des § 10. Der Nachweis einer Studienberatung ist bei der Immatrikulation vorzulegen.

Diese Kombination ist ausgeschlossen.